

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 20.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 12. bis 19. Mai 1911.

Posen, den 23. Mai 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 108 des Dziennik Poznański
vom 12. Mai 1911:

Betrifft die Ausstellung.

Die Notiz in Nr. 219 des „Pos. Tagebl.“, betreffend die polnische Aufschrift auf dem Ausstellungspavillon der Cegielskischen Maschinenfabrik kommentiert der „Dziennik“ wie folgt:

Der Inhalt dieser Mitteilung bildet übrigens für uns nichts Neues. Wir überzeugen uns nämlich immer besser davon, daß zahlreichen Kreisen der hiesigen deutschen Gesellschaft, und zwar gerade den in politischer Hinsicht einflußreichsten, keineswegs daran gelegen ist, daß die Polen an der Ausstellung irgendwelchen Anteil nehmen. Das materielle Gelingen der Ausstellung ist ihnen ziemlich gleichgültig; denn diese Kreise rekrutieren sich nicht aus den produzierenden Volksschichten, und es handelt sich ihnen ausschließlich darum, ihrem Haß gegen alles, was polnisch ist, die Zügel schießen zu lassen. Daher ist ihnen sogar der Name einer polnischen Firma auf der Ausstellung ein Dorn im Auge.

Welche Haltung haben wir angesichts dessen einzunehmen? Auch heute noch würden wir den rücksichtslosen Boykott der Ausstellung für einen Fehler unsererseits halten. Der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Handwerker und sogar der Arbeiter sollten die Ausstellung besuchen, um sich durch Augenschein von dem Fortschritt der Technik zu überzeugen, um die Kräfte der Konkurrenten kennen zu lernen, mit denen sie täglich kämpfen müssen. Wir machen auch denjenigen unserer Gewerbetreibenden nicht den mindesten Vorwurf, welche es für angezeigt gehalten haben, ihre Produkte auszustellen. Sie haben sich ausschließlich durch die Rücksichten auf die Konkurrenz leiten lassen, und sie sind in Verteidigung ihrer Produktion aufgetreten.

Aber wir begreifen diejenigen Mitglieder unserer Volksgemeinschaft nicht, welche, wie verlautet, die deutsche Ausstellung als Stätte täglicher Zerstreuung zu betrachten beabsichtigen, welche die verschiedenen Anziehungsmittel, wie Konzerte, Theater, Panoramen usw. besuchen wollen. Eine solche Beteiligung unserer Volksgemeinschaft an der Ausstellung wäre, wir vermerken das mit aller Entschiedenheit, ein kraßes Untreuerwerden gegenüber der nationalen Würde. Die Ausstellung soll einzig der besuchen, welcher sich von pädagogischen

Gründen leiten läßt, welcher aus diesem Besuch irgendwelchen Nutzen für seine berufliche Arbeit davontragen kann. Dagegen sollte für die übrigen Individuen unserer Volksgemeinschaft die deutsche Ausstellung verbotenes Terrain sein.

Wir sind auch davon überzeugt, daß unsere Volksgemeinschaft mit Ausnahme der Personen, welche ihr amtlicher Charakter zur Teilnahme nötigt, bei der Feier der Eröffnung der Ausstellung durch Abwesenheit glänzen wird.

In der gleichen Angelegenheit schreibt der Kurjer Poznański aus Nr. 108 vom 12. Mai:

Der Vorstand der Ausstellung wird wahrscheinlich dem Wunsche des Hakatisten (das Cegielskische polnische Schild zu beseitigen) nicht nachkommen, und zwar im eigenen Interesse; denn auch ohnedies befürchten die interessierten Faktoren sehr, daß das polnische Publikum fortbleiben wird und daß daraus große materielle Verluste erwachsen werden.

Übrigens könnten die polnischen Firmen sich zurückziehen und wegen Schadloshaltung flagbar werden.

Nicht darum handelt es sich jedoch. Die Korrespondenz des „Tageblatts“ verrät die Stimmung der Hakatisten, und sie gibt zu verstehen, wessen die Polen sich auf der Ausstellung noch zu gewärtigen haben. Wer vom polnischen Publikum sich keinen Unannehmlichkeiten aussetzen will, der möge den Finger nicht zwischen die Tür stecken, denn die Hakatisten können sie jeden Augenblick zuschlagen. Befürchtet man doch sogar in dem Ostmarkenverein gegnerischen deutschen Kreisen, daß es auf der Ausstellung zu so mancher hakatistischen Affäre kommen werde. Die polnische Sprache reizt doch die Hakatisten wie ein rotes Tuch.

Ferner bestätigt die Aufschrift des „Tageblatts“ die Mitteilung, die uns ein auf der Ausstellung arbeitender polnischer Arbeiter gemacht hat, daß nämlich die polnische Aufschrift auf dem Panorama infolge der Weisung leitender Faktoren erfolgt sei. Das charakterisiert schlagend die tatsächliche Denk- und Handlungsweise dieser Faktoren, welche man mittelst gewisser äußerer Vorwände zu maskieren sich bestrebt. Das bewußte polnische Publikum wird diesen Vorwänden nicht auf den Leim gehen, es wird sich vielmehr das eigentliche Gesicht und den eigentlichen Zweck der Ausstellung ansehen.

Die Direktion des Panoramas hat sich übrigens der Richtung des Windes angepaßt, der auf der Ausstellung weht, nicht nur hinsichtlich des Schildes, sondern auch in ihren Programmen und Büchlein, welche das Panorama beschreiben. Dort ist ausschließlich die deutsche Sprache berücksichtigt. Und mittelst solcher Druckfachen und Briefe erdreistet man sich die polnischen Redaktionen zu erjuchen, für das Panorama Reklame zu machen und das polnische Publikum zu dessen Besuch anzuregen.

Aus Nr. 111 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Mai 1911:

Die zwei Gesichter der Ostdeutschen Ausstellung.

Morgen erfolgt die offizielle Eröffnung der Ostdeutschen Ausstellung.

Willens, diesem Augenblick die rechte Bedeutung zu geben, bieten wir die getreuen Reproduktionen der beiden Plakate, mittelst deren für die Ausstellung Reklame gemacht wird: Das deutsche Plakat, welches bekanntlich für die hiesigen Ostmarken bestimmt ist und das russisch-polnische Plakat für die Landsleute im Königreich Polen.

Diese beiden Plakate, das sind die beiden Gesichter der Ostdeutschen Ausstellung, ihre beiden „patriotischen Gewissen“. Hier, wo die Wiege des polnischen Volkes und Staates stand, hat man die polnische Sprache aus dem Plakat ganz ausgerottet, ebenso, wie man sie aus der Ausstellung selbst überall ausrottet, wo man es irgend tun kann. Das heißt hier das Programm, der Zweck der Ausstellung. Soll sie doch eine Manifestation der deutschen gewerblichen Kultur und überhaupt des deutschen Geistes in den Ostmarken sein. Anders jenseits der Grenze. Die russische Sprache fordern die dortigen Vorschriften; aber in polnischer Sprache redet auf seinem Plakat das Ausstellungs-komitee freiwillig, es spricht absichtlich und fälscht dabei bewußt den Namen der Ausstellung, indem es ihren deutschen Charakter verschweigt. Das alles des polnischen Geldes wegen. Augenscheinlich hat man die Volksgemeinschaft unseres Landesteils und ihr stolzes Empfinden so niedrig eingeschätzt, daß man meinte, wir würden trotz der Ausrottung der polnischen Sprache die Stirn neigen vor dem „Friedenswerk“ und es mit unserm Gelde unterstützen. Man irrte sich . . .

Vor einem recht stark bekämpften Feinde hat man manchmal Achtung, vor der Ostdeutschen Ausstellung können wir diese Achtung nicht haben, denn abgesehen von allen andern Gründen ist eine Politik mit zwei Gesichtern so unmoralisch, so krämerhaft, so jüdisch, spielt sie den preussischen Thalerpatriotismus so wieder, daß sie in uns das Gefühl des tiefsten Abscheus wecken muß. Das ist unser Verhältnis zu der Ostdeutschen Ausstellung, das ist unsere Lobpreisung für die jüdisch-hakatistische preussische Kultur in den Ländern der Pfaffen.

Manche möchten bei uns immer noch die „fortschrittlichen“ oder die sogenannten „gerechten“ Deutschen im Ausstellungs-komitee von den erklärten Hakatisten unterscheiden. Daß dieser Unterschied ein sehr undeutlicher ist, beweist folgendes:

Das den Lesern bereits bekannte Panorama-unternehmen, welches die Kreuzigung Christi darstellt, wollte mit unserm Verlage in Verhandlung treten wegen der Reklamebekanntmachungen für das Panorama. Wir erteilten von vornherein einen ablehnenden Bescheid, indem wir u. a. auch auf die Angelegenheit

der Übermalung der polnischen Schilderaufschrift hinwiesen. In der Antwort auf unser Schreiben führt die Direktion des Panoramas verschiedene Momente an, und sie hebt auch hervor, daß sie die polnische Inschrift beseitigt habe, da diese von der Ausstellungsleitung beanstandet worden sei. Bisher meinte man, nur der Oberbürgermeister persönlich habe die Direktion des Panoramas beeinflusst; indes beruft sich die Direktion selbst auf die Ausstellungsleitung als solche.

Nebenher gesagt, hat uns die nachstehende Ansicht der Panoramadirektion sehr gewundert: „Zur Vereinfachung der Sache, und da die Einwohner von Posen deutsch zu lesen verstehen, haben wir die neuen Aufschriften nur in deutscher Sprache herstellen lassen.“

Das ist für stolze Bürger der freien Schweiz (aus Zürich) ein allzu niedriges Behandeln der Sache. Nicht um die Vereinfachung der Sache und nicht um die Fähigkeit „deutsch zu lesen“, handelt es sich, sondern um das natürliche Recht der einheimischen polnischen Bevölkerung und um die Achtung vor ihrer nationalen Würde. Wer dafür kein Verständnis hat, der möge nicht auf die Gunst des polnischen Publikums rechnen.

Wir kommen noch auf die „freisinnigen“ Faktoren im Ausstellungs-komitee zurück.

Gegen die hakatistischen Triebe des hiesigen „Tageblattes“ beabsichtigten einige deutsche Gewerbetreibende im eigenen wohlverstandenen Interesse in den Spalten der hiesigen freisinnigen Presse aufzutreten. Indes begegneten sie überall einer Ablehnung. Nicht nur die „Posener Zeitung“ wollte ihre Spalten nicht öffnen, sondern sogar die „Posener Neuesten Nachrichten“, deren Verleger der Initiator der Ausstellung ist.

So sieht der „freisinnige“ Geist der Deutschen in den polnischen Landen aus. Er wird zweifellos noch „freisinniger“ werden, wenn angesichts der „Verdienste um die Ostdeutsche Ausstellung“ — ein Ordens-regen niedergehen wird.

Von einigen Seiten her hat man uns um eingehendere Aufklärung in Sachen der die ostdeutsche Ausstellung betreffenden Bekanntmachungen in den polnischen Blättern ersucht.

Es wäre zweifellos recht konsequent, wenn die polnischen Blätter gar keine Bekanntmachungen, betreffend die Ausstellung, aufnahmen; aber in solchen Fällen müssen die extremen Ansichten sich auf einem mittleren Kompromißstandpunkt einigen, wenn das Verfahren ein gleichmäßiges sein soll. Im gegebenen Falle ist man einmütig übereingekommen, keine Inserate aufzunehmen, welche für die Vergnügungsveranstaltungen Reklame machen, da sie die breiten Kreise des Publikums anziehen könnten, dagegen gewerbliche Inserate zu dulden. Letztere betreffen überwiegend Firmen, welche ständig inserieren. Eine Ablehnung während der Ausstellung könnte zu einem völligen Bruch der Beziehungen zu den interessierten Firmen führen, neun Zehntel der polnischen Blätter aber können sich leider ohne die Inserate der deutschen Firmen nicht begeben. Die polnische Kaufmannschaft bildet für unsere Zeitungen eine allzu schwache Stütze. Soviel bezüglich des Kompromißstandpunkts der polnischen Verleger. Wir bemerken, daß die überwiegende Zahl der Ausstellungs-inserate tatsächlich Vergnügungsunternehmen betrifft und auf Grund dessen in der polnischen Presse keine Berücksichtigung findet. Das Vorgehen unserer Presse ist solidarisch.

Zur Information der Handwerkerkreise bemerken wir, daß zur Eröffnung der Ausstellung weder der Vorstand der Handwerkskammer, noch die Vorstände der Innungen Einladungen erhalten haben. Es handelt sich zwar um eine Gewerbeausstellung; aber für würdig der

Teilnahme an der Eröffnungsfeier sind augenscheinlich ausschließlich „höhere Personen“ gehalten worden, nicht aber „gewöhnliche Handwerker“. Wenn aus Anlaß dessen in den Kreisen der deutschen Handwerker Entrüstung herrscht, so wird bestimmt die Begeisterung derjenigen nicht zahlreichen polnischen Handwerker vollends erkalten, welche bisher die deutsche Ausstellung noch im Ernst für ein Unternehmen gehalten haben, welches wahren gewerblichen Zwecken diene.

Aus Nr. 111 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 10. Mai 1911:

Heut schon unterliegt es keinem Zweifel, daß die **Antipolnische Ausstellung in Posen**

einen politischen, ausgeprägt antipolnischen Zweck hat, und daß diesem Ziel nicht bloß die Hakatisten zustreben, sondern die ganze deutsch-jüdische Allgemeinheit. Das sollte für uns hinreichen, eine so ausgeprägt antipolnische Ausstellung nicht zu besuchen. Wir meinen auch, daß außer Einzelnen, die durch das notwendige Interesse gebunden sind, unsere ganze Volksgemeinschaft sich der antipolnischen Ausstellung fernhalten wird. Jeder polnische Grobian, der in eine solche Ausstellung getragen wird, wäre einzig ein Knüttel, der sich gegen unsere Haut wendet, und er würde beitragen, den hakatistischen Hochmut zu steigern und uns Polen Abbruch zu tun. Wir sind doch nicht jene Kälber, die ihre Metzger selber wählen, und wir werden nicht dahin gehen, wo man uns schlachten will. Wer von uns anders handeln sollte, den müßten wir bedauern; denn er würde sich den Vorwurf zuziehen, die nationale Solidarität gebrochen zu haben, die uns Kraft gibt und die keiner von uns straflos verletzen darf. Daran denke jeder Pole, jede Polin! Niemand darf sich oder der Volksgemeinschaft Abbruch tun.

Aus Nr. 107 des Lech (Gnesen)
vom 10. Mai 1911.

Der antipolnische Charakter der deutschen Ausstellung in Posen

unterliegt keinem Zweifel. Ganz abgesehen davon, daß die polnische Sprache völlig übergangen ist, stehen zahlreiche Feste und Kongresse in Aussicht, die der Ausstellung einen rein deutschen Charakter verleihen sollen. Vor allem bereiten sich die Hakatisten auf den großen deutschen Tag in Posen vor. Ihre Presse fordert in warm gehaltenen Aufrufen ihre Landsleute in ganz Deutschland auf, möglichst zahlreich nach der urdeutschen Residenz an der Warthe zu eilen, um durch ihre ungeheure Zahl den Polen zu imponieren. Die deutsche Ausstellung bildet gleichsam den Hintergrund für alle Kongresse und antipolnischen Manifestationen. Das Deutschtum will seine ganze wirtschaftliche und moralische Macht entfalten, um auf die Polen einen möglichst starken Eindruck zu machen und sie zu überzeugen, daß jeder Widerstand ihrerseits gegen das mächtige Deutschland vergeblich ist, und daß die einzige Rettung für die Polen darin liegt, sich dem Deutschtum oder vielmehr der unersättlichen Germanisierung bedingungslos zu unterwerfen.

Infolgedessen bleibt uns nichts anderes übrig, als der deutschen Ausstellung in Posen möglichst fern zu bleiben.

Aus Nr. 109 des Lech (Gnesen)
vom 12. Mai 1911:

Der Hakatismus auf der deutschen Ausstellung in Posen.

Wir lesen im Posener Tageblatt:

„Auf unserer Ostdeutschen Ausstellung kann man jetzt an einer Ausstellungshalle lesen: Tow. akt. Poznań H. Cegielski, Akt.-Ges. Posen. Das wirkt nicht gerade erhebend, daß auf einer ausschließlich deutschen Ausstellung einem polnischen Aussteller zweisprachige Aufschriften zugestanden werden. Wir ersuchen die Ausstellungsleitung, dafür zu sorgen, daß die polnischen Firmenbezeichnungen alsbald entfernt werden, wie dies auch beim Panorama schon geschehen ist, und darauf zu achten, daß etwa noch andere polnische Bezeichnungen ebenfalls verschwinden.“

Wenn manche Leute bis jetzt noch nicht genügend Beweise dafür hatten, daß die deutsche Ausstellung in Posen einen antipolnischen Charakter hat, so wird sicherlich das vorstehende „Eingefandt“ eines Hakatisten in den Spalten des „Posener Tageblatt“, das augenscheinlich mit der hakatistischen Haltung seines Korrespondenten einverstanden ist, auch dem Verblendetsten die Augen öffnen. Die Hakatisten stört also eine so durchaus unschuldige Sache wie eine polnische Firmenbezeichnung. Das übersteigt schon alle Begriffe. Die Ausstellungsleitung ist augenscheinlich schon von dem gleichen hakatistischen Geiste ergriffen, da sie sich bereits bemüht hat, die polnische Aufschrift am Panorama zu beseitigen.

Unsere einzige Antwort auf diese hakatistische Verbissenheit muß die sein, daß das polnische Publikum die deutsche Ausstellung völlig meidet. Den Deutschen und insbesondere den Hakatisten straft man am empfindlichsten an der Tasche.

Aus Nr. 107 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Mai 1911:

Das Abstrafen des hochmütigen Auftretens des Ostmarkenvereins

ist in den vernünftigen deutschen Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Beweis hierfür ist die gestern wiedergegebene Auslassung des Dr. Kindler. Die antipolnische Politik des jetzigen Kurzes findet dort keinen Beifall, und die sie verurteilenden Stimmen mehrten sich beständig.

Bisher betäubte sie mit aller Gewalt der Hakatismus. Jetzt werden sie sich wohl mit größerer Dreistigkeit erheben, da man sieht, daß der Hakatismus doch nicht ganz so allherrschend ist, wie er zu sein schien. Sein Terrorismus ist immerhin verblaßt, und mittelst dieses Terrorismus kämpfte er vor allem in deutschen Kreisen. Er sprach jedem Deutschen den Patriotismus ab, der sich ihm nicht absolut verschrieb, und er übte auf diese Weise einen Druck aus, dem nicht jeder zu widerstehen wußte. In dieser Hinsicht hat die Erklärung des Ministers von Schorlemer eine Breche geschlagen, und die Kritik des Verhaltens des Hakatismus wird bestimmt in deutschen Kreisen nicht mehr für einen Mangel an Patriotismus gehalten werden. Die Folge wird sein, daß sich öfter Stimmen werden vernehmen lassen, die das ganze gegen uns beobachtete Verfahren verurteilen werden.

Unsere Klagen und Forderungen wird die Regierung nicht berücksichtigen; sie wird jedoch die deutschen Klagen darüber nicht mißachten können, daß die Verfolgungspolitik auch den Deutschen nur Schaden bringt, daß sie geradezu ihre Existenz zu Grunde

richtet, indem sie nur gewissen Persönlichkeiten Vorteile bringt, welche die durch die künstlich geschaffene Lage hervorgerufene Verwirrung auszunützen wissen.

Allzubekannt ist es doch, daß die Regierung nicht imstande ist, die wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen bei uns künstlich aufrecht zu erhalten, daß einmal alle Unterstützungen aufhören müssen. Die Leute, welche nicht gewöhnt sind, mit eigenen Kräften zu arbeiten und vorwärts zu streben, werden sich in kläglichem Zustande befinden, sobald sie um die Existenz zu kämpfen haben werden. Und das muß eintreten, ohne Rücksicht darauf, welche Wendung die Politik nehmen, ob man uns weiter verfolgen, sei es auch entgegen wird, sogar ohne Rücksicht darauf, daß man uns ganz ausrotten sollte.

Jeder von denen, die sich nicht um das Morgen kümmern, die da vertrauen, daß die Regierung die Pflicht habe, an dieses Morgen zu denken, stellt eine so schwache wirtschaftliche Kraft dar, daß er früher oder später bei minder günstigen Verhältnissen notwendiger Weise zu Falle kommen muß.

Und eine solche Generation hat die antipolnische Politik unter den Deutschen erzogen. Das wissen die, denen der nationale Chauvinismus nicht den Verstand verdunkelt hat und die mit Recht die verhängnisvollsten Folgen fürchten.

Aus den Kommissionsberatungen und den Erklärungen des Landwirtschaftsministers kann man nur den einen Schluß ziehen, daß die durch das allzu hochfahrende Auftreten der Hatzisten gereizte Regierung sich gezwungen gesehen hat, sie abzustrafen in Verteidigung der eigenen Autorität, daß sie jedoch nicht daran denkt von dem von ihnen vorgesteckten Wege abzuweichen, und daß sie nicht darauf verzichtet, auf ihre Ratschläge und Weisungen zu hören, sofern diese in einen anständigen, nicht aufdringlichen Ton gekleidet sein werden.

Aus Nr. 113 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 17. Mai 1911:

Den jüdischen Patrioten

in Hohensalza gelüftete es durchaus nach der Anwesenheit des Kronprinzen bei der Enthüllung des Denkmals. Die Absage, die ihnen zuteil geworden ist, läßt sie geradezu nicht schlafen. Die Juden wollten zeigen, welch' wackere Patrioten sie sind, und nun erfahren sie eine derartige Enttäuschung. Deshalb hat man auch, wie der Kujawische Bote schreibt, eine Wallfahrt zum Oberpräsidenten nach Posen angetreten, damit er für sie eintreten und die entsprechenden Triebfedern in Bewegung setzen soll, um die Wünsche der Patrioten zu erfüllen. Der Kujawische Bote fügt hinzu, daß man dies „im Interesse des Deutschtums“ wünschen müsse.

Nicht genug damit, daß die Patrioten die Absage nicht verstanden haben, wollen sie ihren Willen geradezu andern aufdrängen, um nur ihren eigenen durchzusetzen. Das ist ein wirklich rein jüdisches Ungeästüm.

Aus Nr. 113 des Lech (Gnesen)
vom 17. Mai 1911:

Die Redaktion des Posener Tageblattes

hat dem Kronprinzen zu seinem Geburtstage im Namen der Bewohner der Residenzstadt Posen Glückwünsche übersandt.

Die hatzistische Redaktion hat sicher den Koller bekommen, denn sicherlich hat sie niemand darum gebeten, in seinem Namen Glückwünsche zu senden.

Aus Nr. 57 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 13. Mai 1911:

Mit der Rede des polnischen Abgeordneten Dr. Mizerski anlässlich der Beratungen über das Gehalt der Distriktskommissare in der Provinz Posen ist die Gazeta Ostrowska nicht zufrieden. Die genannte Zeitung knüpft an den Bericht über die Rede des Abgeordneten folgende Bemerkungen:

„Wir geben es zu, daß wir über die Folgerung des Vertreters der polnischen Fraktion erstaunt sind. Er weist zuerst historisch nach, daß das Amt des Kommissars eine ausnahmsweise antipolnische Institution sei, welche deswegen gegründet wurde, um den Polen die Möglichkeit der Ausübung der Polizeigewalt zu nehmen.“

Und dies hätte wohl für die polnische Fraktion ausreichen müssen, um gegen die Gehaltserhöhung dieser Beamten zu stimmen. Der polnische Abgeordnete erkennt es großmütig an, daß die Distriktskommissare sich gegen das polnische Publikum ziemlich korrekt benehmen.

Wir raten, nur den polnischen Bauern und Arbeiter zu fragen, ob sie über Übergriffe, welche sich diese Herren gegen sie erlauben, nicht einiges jagen können. Der Gendarm und der Distriktskommissarius sind fast der sprichwörtliche Gegenstand der Angst, und diese Angst hat wohl nicht ihre Quelle in der Liebe und Bewunderung dieser Beamten.

Aus Nr. 111 des Lech (Gnesen)
vom 14. Mai 1911:

Über unsere Brüder aus dem Königreich und aus Galizien.

Es ist die Zeit gekommen, in welcher Hunderte und Tausende unserer Landsleute aus dem Königreiche, oder wie man bei uns allgemein sagt, aus Polen und aus Galizien zu uns zur Arbeit kommen. Es ist dies ein Volk, das in seiner überwiegenden Masse in kultureller Hinsicht tiefer steht als unser Arbeiter. Dies fühlt es selbst, und deshalb hält es sich auch gewöhnlich fern von den „Hiesigen“. Der ansässige Arbeiter blickt unwillig auf die Ankömmlinge, die zum Drücken der Löhne beitragen. So bildet sich zwischen den Galiziern und den ansässigen Arbeitern ein gewisser Antagonismus, ein gewisser Gegensatz heraus, der in zahlreichen Fällen geradezu zu ernststen Mißverständnissen, ja sogar zu Gewalttätigkeiten führt. Die Gutsbesitzer, die ausländische Arbeiter beschäftigen, bringen sie nach Anteilen getrennt unter, geben den Saisonarbeitern besondere Wohnungen, speisen sie besonders usw.

Dieser Gegensatz zwischen den ansässigen Arbeitern und den Saisonarbeitern macht einen traurigen Eindruck auf jeden, der das Gesamte der polnischen Angelegenheiten im Auge hat. Sowohl die einen als auch die andern sind doch Polen, Söhne ein und desselben Vaterlandes Polen, Brüder, die das Unglück und Glück ihres unglücklichen Vaterlandes gemeinsam teilen.

Der hiesige Arbeiter handelt schlecht, wenn er sich gegenüber dem Arbeiter aus Polen oder aus Galizien feindlich verhält. Wenn er sich für aufgeklärter hält, müßte er sich seinen ungebildeten Brüdern umso mehr nähern und mit ihnen alles das teilen, worin er sie übertrifft; er müßte sie belehren, ihnen eine polnische

Zeitung in die Hand geben, ihnen polnische Bücher leihen und sie polnisch lesen lehren, weil viele von ihnen weder lesen noch schreiben können. Auf diese Art würden sich unsere Brüder aus dem Königreich und aus Galizien als wahre Söhne eines großen Vaterlandes — Polens — fühlen, und nach Hause zurückgekehrt, könnten sie dort die Aufklärung weiter verbreiten, die sie sich bei uns erworben haben. Hierdurch könnten sie zur Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus des Heimatlandes beitragen.

Leider bekümmert sich unser Arbeiter nicht um die Aufklärung seiner Brüder von jenseits der Grenzpfähle; er meidet sie im Gegenteil geradezu und nimmt, wo er dies nur tun kann, ihnen gegenüber eine unfreundliche Haltung ein, indem er sich für das angebliche Drücken der Löhne durch sie rächt. Auf die gleiche Art fallen die Hatzisten über die polnischen Arbeiter im Westen her und beschuldigen sie, daß sie die Löhne der deutschen Arbeiter herabdrücken.

Es ist also kein Wunder, daß sich die Saisonarbeiter von der ansässigen Bevölkerung fern halten, ihre schwer verdienten Groschen zum Juden tragen, ihn in jüdischen Kneipen vertrinken usw.

Viel Schuld hieran tragen auch die Gutsbesitzer, welche ausländische Arbeiter beschäftigen. Grade ihre Pflicht ist es, den Gegensatz zwischen dem ansässigen und dem ausländischen Arbeiter zu mildern und auch für die geistigen und kulturellen Bedürfnisse des Saisonarbeiters zu sorgen. Es ist doch nichts leichter, als einige Exemplare irgend einer Volkszeitung zu bestellen, für die Saisonarbeiter einige belehrende Vorlesungen zu veranstalten, sie in die Arbeiter- oder in die Volksvereine zu ziehen. Auf diese Art würde sich der Gutsbesitzer, für welchen dieser Arbeiter ausschließlich arbeitet, dem Arbeiter für seine Arbeit, d. h. für das Teuerste, was der Arbeiter hat, dankbar erweisen. Gleichzeitig würde ein solcher Besitzer eine hochkulturelle Aufgabe erfüllen, er würde sich um die Erweckung des nationalen Selbstbewußtseins in den niedrigsten Schichten der Volksgemeinschaft große Verdienste erwerben und würde dazu beitragen, daß es immer mehr solcher Leute geben würde, für welche keine Grenzen und Grenzpfähle bestehen, für welche es nur eine einzige große polnische Nation und ein einziges Polen gibt.

Es genügt indessen nicht, daß sich die Gutsbesitzer der ausländischen Arbeiter annehmen. Ihrer annehmen, und zwar sehr gewissenhaft, müßten sich jene unserer Organisationen, welche kulturelle Ziele auf ihre Standarte geschrieben haben. Hier wartet ihrer eine ungeheuer dankbare Aufgabe, welche reiche Früchte verspricht. Machen wir bereits in dieser Saison den Anfang, damit wir, reich an Erfahrung, in der nächsten Saison uns desto intensiver und systematischer an die Arbeit machen können.

Aus Nr. 113 des Lech (Gnesen)
vom 17. Mai 1911:

Achtung! polnische Bauern!

Neben der Ansiedelungskommission entwickelt die „Mittelstandskasse“ eine für uns Polen sehr gefährliche Tätigkeit. Die Gefahr dieser Kasse beruht darauf, daß sie nur unter der Bedingung Hypotheken reguliert und Darlehen gewährt, daß der Besitzer im Grundbuche eintragen läßt, daß er seine Besitzung niemals an einen Polen verkaufen werde. Auf diese Weise sichert sie dem Deutschtum immer mehr Grund und Boden und macht ihn für die Polen unzugänglich. Wenn die Kasse auf diese Art weiter arbeiten wird, dann wird der Augenblick eintreten, in welchem man von einem

Nichtpolen überhaupt kein Land mehr wird kaufen können.

Wie man hört, wenden sich angeblich auch polnische Besitzer an diese deutsche Kasse, wenn sie Geld gebrauchen, Hypotheken regulieren wollen usw., und unterschreiben jene Bedingung, daß sie ihre Besitzung niemals an einen Polen verkaufen werden. Wer eine derartige Verpflichtung übernommen hat, der hat offenkundig nationalen Verrat begangen, denn seine Besitzung wird früher oder später in fremde Hände kommen. Außerdem muß jeder daran denken, daß er durch Annahme einer derartigen Bedingung den Wert des Gutes herabdrückt. Denn wenn nämlich Polen als Erwerber ausgeschlossen werden, geben die Deutschen schließlich nur so viel, wie es ihnen paßt. Aus diesem Grunde wenden sich auch die Deutschen selbst nur ungern an die Mittelstandskasse, und wenn sie ihre Hilfe in Anspruch nehmen, dann tun sie dies nur dann, wenn ihnen das Messer bereits an der Kehle sitzt.

Also Achtung! polnische Bauern!

Aus Nr. 112 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 17. Mai 1911:

Ansiedelung ist Protestantisierung.

Am Sonntag erfolgte in Tremessen die Grundsteinlegung zur neuen evangelischen Kirche. Der Bau derselben ist die Folge der Tätigkeit der Ansiedelungskommission, die in der Umgegend eine große Zahl von Protestanten angesiedelt hat.

Aus Nr. 112 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 17. Mai 1911:

Ein Verkäufer.

Aus Argenau teilt man uns mit, daß Herr Andreas Tyloch aus Al. Dpof zwei Wirtschaften, 70 und 80 Morgen kujawischen Bodens, verschachert hat. Vollmacht zum Verkauf derselben hatte er dem Juden Kallmann gegeben, und dieser verkaufte den herrlichen Streifen polnischer Erde natürlich an die Ansiedelungskommission. Der Jude verdiente bei dem Geschäft rund 3000 M. Angeblich wollten die Nachbarn des Herrn Tyloch seine Wirtschaften ankaufen, aber er wollte sie ihnen nicht verkaufen. Für den Morgen erhielt er 560 M.

Herr Tyloch wohnt in Argenau, wo seine Frau als Hebamme tätig ist. Vielleicht werden sie jetzt die Juden aus Dankbarkeit unterstützen. Unsere Wirte mögen an seine Tat denken, für den Fall, daß Herr Tyloch eine Wirtschaft zu kaufen beabsichtigt.

Aus Nr. 110 des Lech (Gnesen)
vom 13. Mai 1911:

Eine Zierde des polnischen Kaufmannsstandes

in Gnesen scheint Herr Wiczorek zu sein, der unlängst von Herrn Poglodzinski in der Warschauer Straße ein Kolonialwarengeschäft gekauft hat. Dieser Herr besucht nicht nur selbst gern nichtpolnische Geschäfte, sondern was noch schlimmer ist, er macht polnischen Kaufleuten die Kundschaft abspenstig und schickt diese zu Fremden. Das ist wirklich eine prachtvolle Auffassung der Lösung „der Landsmann zum Landsmann“. Was würde Herr Wiczorek sagen, wenn seine Kollegen ihm seine Kundschaft abspenstig machen und sie zu Fremden schicken würden?

Aus Nr. 109 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. Mai 1911:

Die Übermacht hat gesiegt!

Aus Schrimm erhalten wir einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung der Schützengilde, die am Mittwoch, den 11. Mai, stattfand.

In der ganzen Stadt herrscht Unruhe, die Gemüter sind erregt, das Volk spricht leise davon, daß bald das Militär auf den Kampfsplatz marschieren werde. Zum Glück verwirklichen sich diese Befürchtungen nicht, die verständigen Bürger wissen sehr gut, daß man um sein Recht nur auf legalem Wege kämpfen kann.

7 Uhr abends! Vor dem Saale des „Deutschen Jägerhof“ versammeln sich Scharen von Neugierigen, die Schützenbrüder eilen von allen Seiten nach dem Versammlungslokal, auf allen Gesichtern ist Neugierde ausgeprägt, wie dies für uns schmerzliche Drama (richtiger Tragikomödie) enden wird. Drohende Bickelhauben blitzen auf dem Platze. Die aus dem ganzen Kreise konsignierte Gendarmerie „sorgt für Ordnung“. In den Saal werden nur jene Personen hineingelassen, die sich als Mitglieder der Gilde ausweisen können. Leider rücken auch die, weiß der Teufel auf Grund welchen Gesetzes, vom Magistrat der Gilde aufgezwungenen deutschen Bürger, die wir in einem früheren Artikel charakterisiert hatten, in Scharen heran. Der Rassenhaß, der unter dem Einfluß der „gerechten“ Anordnungen „der Aufsichtsbehörde“ tief Wurzel geschlagen hat, wird sichtbar. Die Deutschen, von denen man 120 zusammengetrommelt hat, sitzen auf der Rechten, auf der linken Seite haben dagegen die polnischen Mitglieder, die beinahe vollzählig, nämlich in Zahl von 89, erschienen sind, Platz genommen.

Es ertönt die Klingel! Im Saale herrscht unheilverkündende Stille. Plötzlich verstärkt sich das Unwetter zum Sturmwind und rundherum schlagen Blitze ein. Auf Punkt 1 der Tagesordnung steht: „Wahl von drei Älteren“. Die mit Recht entrüsteten Polen protestieren gegen die Gewalt der Übermacht. Der Herr Bürgermeister erlaubt als Vorsitzender (?) der Versammlung niemandem, zu sprechen. Es achtet hierauf nicht der Führer des polnischen Lagers, der verdiente Dr. Matuzewski, und er protestiert gegen eine derartige Ungefehrlichkeit, daß man die auf ungesetzlichem Wege aufgenommenen Mitglieder zur Abstimmung zulasse und daß man freien Bürgern mit Gewalt den Mund verschleße! Das erregte Haupt der Stadt verfällt in wahren „furor teutonicus“ und droht dem Redner, daß er ihn aus dem Saale herausführen lassen würde. Jetzt wurde es still. Wie geschmiert wählen die an Zahl stärkeren Deutschen aus ihren Reihen die drei Vorstandsmitglieder.

Dann ging man zur weiteren Tätigkeit über, nämlich zum Ausschluß von sieben Mitgliedern, die das Ansehen der Gilde geschädigt haben sollen, weil sie die gerechtfertigten Ansprüche der Ihrigen verteidigt hatten. Über diesen Punkt entwickelte sich eine lebhaft Polemik, und man beschloß, daß alle, die für den Ausschluß stimmen wollten, aufstehen sollten. Die verständigen und ehrlichen Deutschen beeilten sich nicht allzu sehr, aber eine zweite energische Frage seitens des Herrn Bürgermeisters rief ihnen sozusagen ins Gedächtnis, daß sie im Lande der „Freiheit“ und der guten Sitten wohnen, und sie standen auf. Und wieder siegte die Gewalt!

Da die Polen sahen, daß ein weiterer Widerstand aussichtslos sei, daß man alle ihre Proteste und Beschwerden mit Füßen trat, verließen sie in Scharen den Saal. Die Luft wurde von grellem Pfeifen zerrissen. Man wartete das Ende der Ver-

sammlung nicht ab, da man annahm, daß auch die neuen Statuten angenommen werden würden.

Dies geschah dann auch.

So bemächtigten sich die Deutschen einer einst polnischen Schützengilde, und sie werden jetzt die Früchte der Jahrhunderte langen Arbeit unserer Vorfahren genießen. Es geht nichts über die Übermacht!

Auf dem Platz vor dem Lokal sammelten sich solche Scharen an, daß es ganz dunkel war. Deshalb hatte auch die bewaffnete Macht keine leichte Arbeit, wofür sie unfehlbar mit Orden belohnt werden wird. Es war dies für Schrimm ein „Tag des Gerichts“, wie es ihn bis jetzt nicht erlebt hat, und in späteren Generationen werden die Väter ihren Kindern erzählen, wie die Übermacht gesiegt hat!

Die Unruhe, die zum Glück keine bedrohlichen Folgen hatte, dauerte bis in die späte Nacht hinein. Es fehlte auch nicht an lächerlichen Momenten; ein angetrunkenen Arbeiter schleppte eine mächtige Kiste und brüllte aus vollem Halse, daß er Bomben habe. Des gefährlichen Menschen nahmen sich sofort die eifrigen Wächter der Sicherheit an.

Aus Nr. 110 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 14. Mai 1911:

Die Untersuchung in Schrimm.

Seit Donnerstag früh veranstaltet die Schrimmer Polizei bei dortigen Bürgern große Durchsuchungen. Man sucht das Archiv der früheren Schützengilde, die Krönungsschmuckstücke der Schützenkönige, die auf unerklärliche Art plötzlich verschwunden sind. Die Hausdurchsuchungen nahm der Polizeisekretär Werner in Begleitung eines Polizisten vor. Zunächst stattete man dem früheren Älteren der Gilde, Herrn Lipinski, einen Besuch ab. Dieser forderte jedoch die ungeborenen Gäste zum Verlassen seiner Wohnung auf, was auch die Polizei tat, wobei sie jedoch erklärte, daß sie andere Mittel anwenden würde. Nicht besser ging es den eifrigen Beamten bei Herrn Drlowski, dem Kollegen des verstorbenen Vorsitzenden der Gilde, Edmund Reyman. Hier trafen sie auf den Richtigen. Herr Drlowski, der wegen seines Humors allgemein bekannt ist, soll nämlich erklärt haben, daß er „nichts wisse, und wenn er auch etwas wissen würde, dennoch nichts sagen würde, weil er ein Pole sei! Und wenn er die Seinigen verraten würde, dann würden sie ihn totschlagen!“

Ferner suchte man bei dem Buchhändler Mieloszynski und bei Dr. Matuzewski, aber ebenfalls vergeblich.

So sind also auf wunderbare Art, die Andenken der Schützen verschwunden. Daß der verstorbene Vorsitzende weiß, wo sie sich befinden, daran zweifelt niemand, aber man kann ihn nicht ins Leben zurückrufen, und es kann sein, daß er einst beim jüngsten Gericht in Begleitung aller früheren Schützenkönige erscheinen wird, geschmückt mit den mitgenommenen Kleinodien. (Vielleicht wird es uns dann gestattet sein, die klugen Gesichter der Hafatisten zu erblicken. — Die Red.)

Über die letzten Vorfälle anlässlich der Generalversammlung der Gilde teilt man uns noch mit, daß die Deutschen, nach Annahme der von der Regierung bearbeiteten Statuten, die nach dem Muster der neuen Statuten der Posener Schützengilde ausgearbeitet worden sind, einen eigenen Vorstand gewählt und die Versammlung mit dem Absingen des Triumphhymnus „Dojezłant über alles“ geschlossen haben. Manche nach dem Sitzungslokal führende Straßen waren von der

Gendarmerie abgesperrt. Daß man die Garnison nicht zur Hilfeleistung aufgefördert hat, erklärt man damit, daß sie sich auf dem Truppenübungsplatz in Weissenburg befand.

Aus Nr. 110 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 14. Mai 1911:

Fort mit den Polen aus den Schützengilden.

In gewissen Kreisen unserer Bürgerschaft legte man und legt man leider auch heute noch den jogen Schützengilden irgendeine Bedeutung bei. Dem Herrn Schützenbruder scheint es, als ob die ganze Welt auf ihn blickt, wenn er mit dem Gewehr auf der Schulter, dem Spieß an der Seite und dem Hute mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe hinter seinem „König“, dem deutschen Kommando des Herrn „Hauptmanns“ gehorchend, mit häufig schwankenden Schritten z. B. in Posen vom Rathaus nach dem Städtchen „schnürt“ — in anderen Städten und Städtchen nach dem nahe gelegenen Walde —, um dann dort 1, 2 oder sogar (wie in Posen) 8 Tage nach der „Königscheibe“ zu schießen. Daß er seit der Zeit der preußischen Regierung hierbei freiwillig deutschem Kommando gehorcht, fremde Hochs ausbringt, daran denkt solch ein begeisterter Schützenbruder vielleicht gar nicht einmal. Es genügt ihm, daß er zu Pfingsten die grüne Jacke, den Hut mit der Hahnenfeder und den altertümlichen Spieß an der Seite tragen, sogar „König“, erster oder zweiter „Ritter“ werden, eine goldene oder silberne Kette sowie preußisch-patriotische Medaillen auf der Brust tragen, und in diesem Putze auch bei der Fronleichnamsprozession paradiere kann.

Ein Spielchen für ältere Kinder. In alten Zeiten, als es fast überhaupt keine stehenden Heere gab und sich die „geliebten Nachbarn“ jeden Augenblick von dieser oder jener Seite aus überfielen, hatten die Schützengilden bei uns noch einen Sinn, denn sie bildeten einen Teil der Bürger im Gebrauch der Waffen aus, was sich bei den Überfällen des Feindes auf unsere Städte häufig von Nutzen erwies.

Als aber nach dem Falle des unabhängigen Polens die Schützengilden im preußischen Anteil unter die Herrschaft der überwiegend deutschen Magistrate kamen und ihre Statuten den Vorschriften der Regierung unterlagen, da verloren sie jede Existenzberechtigung. Diese hätten sie sogar in einem freien Polen verloren, denn auch in diesem würde es heute ein starkes stehendes Heer geben, insofgedessen sich die Puscherei der Schützengilden als völlig überflüssig erweisen würde. Sie sind in unserer heutigen beweinenswerten Lage um so überflüssiger, als sie Pflanzstätten des Deutschtums und des fremden Patriotismus geworden sind.

In der Posener Schützengilde spielten früher Polen, die sogar den Titel „Hauptleute“ und „Majore“ führten, eine gewisse Rolle. Es waren dies Polen, die in politischen Versammlungen „ein Polen von Meer zu Meer“ im Munde führten und heftig die Politik der Versöhnungsparteiler bekämpften. Aber die gleichen unerschrockenen „Patrioten“ machten einen trummen Rücken vor jedem Regierungsrat, Bürgermeister oder Kommissar, gingen in feierlichem Zuge nach dem Städtchen und stimmten bei den Ehrenschüssen in die Hochs auf „Nichtpolen“ mit ein. Ebdieselben „unerschrockenen“ Polen ließen durch ihre Feigheit den siegreichen Anschlag der deutschen Beamten, mit dem bekannten Polizeirat Zacher an der Spitze, auf die Schützengilde in Posen zu, und ließen es dazu kommen, daß sie zu einem gewöhnlichen Kriegerverein degradiert wurde. Sie hatten nicht einmal den Mut, sich so zu benehmen, wie sich unlängst die Mehrheit

der bisherigen Schützengilde in Schrimm benommen hat. Ein großer Teil der Schützenbrüder in Posen blieb auch fernerhin in der vergewaltigten Gilde und erlaubt den deutschen Polizei- und Magistratsbeamten, sie zu beherrschen. Für die grüne Uniform und die Feder am Hute verleugnet man die eigene Würde und die alten polnischen Traditionen, und man wird zu Pfingsten wieder nach dem Taft der von einer Militärkapelle gespielten preußischen Hymnen marschieren, um nicht das Recht auf Beteiligung an den eine ganze Woche dauernden Schmausereien, am Schießen nach der Königscheibe zu Ehren des Königs, der Königin, des Kronprinzen und der Kronprinzessin zu verlieren und um nicht der Prämien in Gestalt silberner Löffel verlustig zu gehen.

Für manchen waren das teure Löffel. Wir wiederholen es, unwürdig ist dies Vergnügen unter den gegenwärtigen Verhältnissen für aufgeklärte Polen, namentlich aber auch wegen des Verhaltens der von den Magistraten in Posen und Schrimm unterstützten deutschen Schützenbrüder gegenüber ihren polnischen Schützenbrüdern.

Unter diesen Verhältnissen darf kein wahrer Pole den Schützengilden, die heute nicht die geringste Existenzberechtigung haben, angehören, und wer ihnen noch angehört, der muß sofort aus ihnen austreten. Überlassen muß man das heut in patriotisch-preußische Formen gekleidete Vergnügen den deutschen Schützenbrüdern aus den Magistrats-, Polizei- und Zollbureaus. Die freie polnische Bürgerschaft wird am besten tun, wenn sie sich aus den sogenannten Schützengilden zurückzieht und Zeit und Geld polnischen Vereinen opfert, über welche kein Bürgermeister, kein Magistrat, kein Regierungspräsident das Kommando hat. Die jüngeren Bürger mögen in den Sokolverein eintreten und seine Bemühungen unterstützen, die älteren mögen regeren Anteil an unsern Aufklärungs- und Wahlvereinen nehmen, deren Fehlen sich im Lande noch immer empfindlich bemerkbar macht.

Von dieser Arbeit wird die polnische Volksgesamtheit einen hundertfach größeren Nutzen haben, als von ihrer Zugehörigkeit zu verdeutschten und verpreußten Schützengilden, die verbunden ist mit dem Privileg, sich an preußisch-patriotischen Schützenrummeln zu beteiligen, unter deutschem Kommando beim Klange deutscher Märsche und Lieder zu marschieren, einen Tag oder eine ganze Woche im grünen Rock mit der Flinte auf der Schulter dem Spieß an der Seite und dem Hut mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe zu paradiere.

Es ist die höchste Zeit, mit diesen Kinderspielen ein Ende zu machen!

Aus Nr. 5 des Zjednoczenie (Posen)
vom 7. Mai 1911:

Vericht über die II. Zusammenkunft der Delegierten der Vereinigung der Frauenbildungsvereine Deutschlands.

Am Sonntag, den 30. April, fand in Posen in geschlossenem Kreise die Zusammenkunft der Delegierten unserer Vereine statt.

Für das Gedeihen der Versammlung wurde in der Kapelle des St. Josephshauses in der Petristraße um 11 Uhr eine heilige Messe gelesen. Gegen 4 Uhr nachmittags begannen die Beratungen im Krenz'schen Saale im Hotel de France.

Die Vorsitzende Frau Slominska begrüßt die Delegierten, die Gäste und die Vertreter der Presse in herzlichen Worten. Sie gibt der Freude des Vor-

standes darüber Ausdruck, daß die delegierten Damen so zahlreich erschienen sind und erblickt darin einen Beweis für das lebhafteste Interesse der einzelnen Vereine für die Verbandsarbeit.

Mit großer Freude begrüßt die Vorsitzende die Vertreterinnen der Bildungsvereine, die außerhalb des Verbandes stehen und die gekommen sind, sich zu informieren. Sie weist alsdann auf die Wichtigkeit der Arbeit der Versammlung hin; sie soll einen Überblick über das geben, was die Vereinigung im verflossenen Jahre auf dem Gebiete der Verbreitung der Aufklärung unter unsern Frauen geleistet hat; die Versammlung soll die Arbeit beurteilen, Programme aufstellen und die besten Mittel und Wege für die künftige Tätigkeit ausfindig machen.

Das sind sehr wichtige Sachen, denn die Aufklärung tut not, sie muß in jeder Gesamtheit zu finden sein, für uns aber hat sie noch eine ganz besondere Bedeutung.

Falsch urteilt der, der da meint, daß die Frau weniger Aufklärung bedürfe als der Mann. Auf den Schultern der Frau lastet doch vor allen Dingen die Erziehung des jungen Geschlechts, von ihr hängt zum großen Teile der Wohlstand des Hauses ab, das Familienglück! In unseren Zeiten wird ohne Aufklärung die Frau diese Aufgaben niemals erfüllen können, am allerwenigsten bei uns, die wir mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Schließlich gibt Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen mit Hilfe Gottes der guten Sache den größten Nutzen bringen werden.

Die Tagesordnung wurde mit einer kleinen Änderung angenommen.

Die Prüfung der Legitimationen zeigt, daß die nachstehenden Damen erschienen sind;

1. E. Swiontkowska von der „Lutnia“ in Buř,
2. W. Teska von der „Czytelnia“ in Bromberg,
3. Wlad. Bonin und
4. T. Kotocinska vom „Volksverein“ in Czerř,
5. Gosieniecka und
6. Jolenta Gomolewska vom Verein „Samopomoc“ in Gnejen,
7. Marie Wozniowdzka,
8. Wilma Rowinska und
9. Halina Dabinska von der „Czytelnia“ in Gostyn,
10. Anna Krzywinska,
11. Stanisł. Wagner und
12. Janina Szalkowska von der „Czytelnia“ in Hohensalza,
13. T. Karłowska von der „Czytelnia“ in Kempen,
14. W. Wolska und
15. H. Szaplicka von der „Czytelnia“ in Kosten,
16. Sasinowska von der „Czytelnia“ in Mogilno,
17. Frau Lange und
18. Klem. Leja von der „Czytelnia“ in Ostrowo,
19. Fr. Radziszewska von der „Samopomoc“ in Schildberg,
20. Dombkiewicz,
21. Bartezał und
22. Pospieszynska von der „Czytelnia“ in Plejchen,
23. Klara Paczkowska,
24. J. Bilaszewska,
25. H. Domagalaska und
26. Kuczyńska von der „Czytelnia“ in Posen,
27. Janina Kusztelan und
28. Rafim. Piotrowska von der „Dziwiata“ in Posen,
29. Anna Moszczenska und
30. Helene Grf. Bninska vom Verein der Landwirtinnen mit dem Sitz in Posen,
31. Stan. Dwieczarzak vom Frauenverein in Schrimm,
32. Sophie Zychlinska und

33. Jasiubowska von der „Czytelnia“ in Breschen.

Entschuldigt haben sich:

1. Elzanowska von der „Czytelnia“ in Mogilno,
2. Przykowska von der „Czytelnia“ in Plejchen,
3. Wanda v. Niegolewska vom „Verein der Landwirtinnen“.

Delegierte haben nicht entsandt:

1. Die „Czytelnia“ in Rafel,
2. der „Polinnen-Verein“ in Tuchel.

Es waren zu der Delegiertenversammlung insgesamt 23 Delegierte mit 41 Stimmen erschienen.

Zum Beweise des Interesses für die „Vereinigung“ und zwecks Information haben ihre Vertreterinnen entsandt die

1. „Czytelnia“ in Kröben,
2. der „Frauenverein“ in Grätz,
3. „Promien“ und
4. „Warta“ in Posen,
5. „Dziwiata“ in Schroda.

Das Protokoll über die vorjährige Versammlung wurde ohne Diskussion angenommen.

Beim folgenden Punkte ergänzt die Vorsitzende den im Druck vorliegenden Bericht durch einige Bemerkungen.

Bei dem Punkte „Entwicklung der Vereinigung“ teilt sie der Versammlung mit, daß am 25. März d. J. der Verein „Czytelnia dla Kobiet“ in Mogilno gegründet worden ist, dem 80 Mitglieder angehören, daß unserer Organisation **19 Vereine** angehören. Ferner hebt Rednerin die große Bedeutung des Vereins der Landwirtinnen hervor.

Bei dem Punkte „Bibliotheken“ spricht der Vorstand über die Vortragsbibliothek und bittet, die Verbandsvereine möchten sie fleißig benutzen und sich wegen Materials zu Vorträgen an den Hauptvorstand wenden. Der Vorstand wird daraus die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Vereine ersuchen und sich bemühen können, den einzelnen Wünschen zu entsprechen.

Bei dem Punkte „Verbandsorgan“ berührt die Vorsitzende die Angelegenheit betreffend die Unterstützung der Firmen, die im „Zjednoczenie“ annonciieren, durch die Mitglieder unserer Organisation und wendet sich mit der Bitte an die delegierten Damen, diese Sache in ihren Vereinen zur Sprache zu bringen und die Mitglieder zu veranlassen, bei ihren Einkäufen die in Frage kommenden Firmen zu berücksichtigen; denn auf diese Weise wird die Verbandskasse eine Unterstützung erfahren, die Kaufleute werden, wenn sie sehen, daß ihnen ein Nutzen daraus erwächst, gern in unsern Organe inserieren.

Bei dem Punkte „Kassenbericht“ erhält die Kassiererin, Frau Stark, das Wort; sie bespricht eingehend die Einnahmen und Ausgaben der Vereinigung.

Die Vorsitzende spricht bei dem Punkte „Innere Arbeit in den Vereinen“ über die Ursachen des Stillstandes, der sich in etlichen Vereinen im verflossenen Jahre bemerkbar gemacht hat. Sie hebt hervor, daß nach den Berichten der Grund des Stillstandes in dem Mangel entsprechender Kräfte für die Aufklärungsarbeit zu suchen sei; sie ersucht daher die Damen, nicht nur allein zu arbeiten, sondern auch andere eifrige Personen zur Arbeit anzuhalten.

Rednerin regt zur Veranstaltung pädagogischer Vorträge und Unterhaltungen an, denn sie erachtet die Kenntnis auf dem Gebiete der Erziehung für einen der wichtigsten Gegenstände für die Frau. Sie empfiehlt die Arbeit in den Unterrichtskreisen und hebt die Tragweite der Bibliotheken für die Kinder und Jugend hervor, sie macht ferner auf die Wichtigkeit der Pflege des kirchlichen und weltlichen Gesanges in unseren Vereinen aufmerksam.

In der Diskussion über den Bericht wird über die Anstrengungen des Hauptvorstandes zwecks Gewinnung neugegründeter Bildungs-Vereine für die „Vereinigung“ gesprochen. Aus der Diskussion geht hervor, daß der Vorstand der Vereinigung zu dem genannten Zwecke alles daran setzt, obwohl seine Bemühungen nicht immer von Erfolg begleitet sind.

Im Namen der Kommission referiert Frau Paczkowska aus Posen und sie stellt den Antrag, dem Vorstände Entlastung zu erteilen; dies geschieht vonseiten der Delegierten ohne Diskussion.

Es erfolgt nunmehr das Verlesen des Referats: „Die Stellung der Vorstände der einzelnen Vereine zur Vereinigung und ihre Aufgaben“.

Nach kurzer Diskussion über das Thema beschließt die Versammlung die nachstehenden Resolutionen:

I.

Die II. Zusammenkunft der Delegierten gibt der Überzeugung Ausdruck, daß das Wohl der in der Vereinigung organisierten Frauen die strengste Befolgung der Satzungen verlangt.

Auch den Vorständen der einzelnen Vereine liegt vor allen Dingen die Pflicht ob:

1. auf die Befolgung der Satzungen und Beschlüsse der Vereinigung zu achten,
2. die Mitglieder anzuregen, das zu tun, was die Vereinigung für die Allgemeinheit der Frauen für gut hält,
3. sich ständig um die Vertiefung und Hebung der geistigen Solidarität zwischen den Mitgliedern und der Vereinigung zu bemühen.

II.

In der Überzeugung, daß das Organ der Vereinigung zu den wichtigsten Faktoren gehört, welche das Empfinden für die Gemeinsamkeit vertiefen, erinnert die Zusammenkunft die Vorstände aller Vereine an die Notwendigkeit der genauen Beachtung der Satzungen hinsichtlich des Blattes und macht darauf aufmerksam, daß es Pflicht der Vorstände ist, darauf zu achten, daß jede Nummer der Zeitung in die Hand eines jeden Mitgliedes gelangt. Den Mitgliedern aber empfiehlt die Zusammenkunft das regelmäßige Lesen des Verbandsorgans, sowie die Mitarbeit in der Redaktion durch die Zustellung von Korrespondenzen und Artikeln.

Es folgt die Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern durch Akklamation. Wiedergewählt wurden die Damen:

Wl. Bonin aus Gzerzk,

J. Stark und

A. Slominska aus Posen.

An Stelle der Frau Teska aus Bromberg, die das Amt wegen Mangel an Zeit niederlegte, wurde die Gräfin J. Bumska aus Piotronka, die Delegierte des Vereins der Landwirtinnen, gewählt.

In die Revisions-Kommission wurden wiedergewählt die Damen:

Paczkowska-Posen,

Wolska-Kosten,

Lange-Dstrowo.

Auf Antrag der Frau Paczkowska wurden als Vertreterinnen der auswärtigen Damen gewählt: Frau I. Gantkowska und Frau Kusztelan aus Posen.

Bei dem Punkte „Anträge ohne Beschlüsse“ macht Frau Wolska aus Kosten darauf aufmerksam, daß die Schriftführerinnen die Protokolle und Berichte sächlich anfertigen sollten.

Frau Paczkowska dankt im Namen der vereinigten Vereine dem Vorstände für die im Laufe des Jahres geleistete Arbeit. Die delegierten Damen dankten dem Vorstände durch Erheben von den Plätzen.

Auf Antrag der Vorsitzenden sendet die Versammlung ein Telegramm an St. Belza aus Warschau; es wird ihm für die gegenüber den Verbandsvereinen erwiesene Opferwilligkeit gedankt.

Zum Schluß verabschiedet die Vorsitzende die delegierten Damen in herzlicher Weise, ebenso die Gäste und Vertreter der Presse, und dankt allen für die Beteiligung an der Versammlung. An die delegierten Damen wendet sie sich mit der Bitte, ihren Vereinen vom Hauptvorstande Grüße zu überbringen und schließt um 6¹/₂ Uhr die Zusammenkunft mit dem altpolnischen Gruße: Gelobt sei Jesus Christus!

Vertreter zu der Zusammenkunft des Zjednoczenie hatten folgende Blätter entsandt: Dziennik Poznanski, Gazeta Polska-Kosten, Gazeta dla Kobiet, Gonice Wielkopolski, Glos Wielkopolanek, Kurjer Poznanski und Wielkopolanin.

Aus Nr. 5 des Zjednoczenie (Posen)

vom 7. Mai 1911:

Ausstellung von Frauenarbeiten.

Der Frauenbildungsverein Lutnia in Buß trägt sich mit der Absicht, am 15. Juni cr. dortselbst eine Ausstellung von Frauenarbeiten zu veranstalten.

Wir bitten um Zusendung von Frauenhandarbeiten. Die Kosten für die Hin- und Rückbeförderung trägt der ausstellende Verein. Die Arbeiten werden angenommen von den Damen: Swiontkowska Eva, Burdajewicz Bronislawa, Kicinska Elisabeth, Janowska Anna.

Aus Nr. 106 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)

vom 9. Mai 1911:

Die gestrige Versammlung des Vereins „Wyzwolenie“ eröffnete der Vikar Stanowski aus Hohenjalza. Den Vorsitz führte Herr Kwiakowski aus Hohenjalza, Schriftführer war Herr Elachciak aus Szymborze und zu Beisitzern berief man Frau Ploszynska aus Sikorowo und Herrn Domanski aus Lojewo.

Ansprachen hielten Vikar Stanowski sowie die Herren Kwiakowski und Antczak.

Nach Schluß der Versammlung meldeten sich 61 Mitglieder, Männer und Frauen. Es wurde ein einstweiliger Vorstand gewählt, welchem angehören: Herr Domalski als Vorsitzender, ferner Stephan Dzikowski aus Scharley, Fr. Domalska, Julianna Domalska, Josef Glodet, Hedwig Wiertel. Die Generalversammlung findet am 21. d. Mts. statt.

Aus Nr. 108 des Kurjer Poznanski (Posen)

vom 12. Mai 1911:

Ein Sokolverein in Pinne.

An dem gleichen Tage, an welchem in Kotowo bei Posen ein neuer Sokolverein gegründet worden ist, entstand ein solcher auch in Pinne. In der konstituierenden Versammlung, in welcher der Vorsitzende des II. Gaus, Kamerad Karl Rzepecki, anwesend war, traten sofort 42 Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt Fr. Fronckowiak zum Vorsitzenden, A. Adamczewski zum Schriftführer, Johann Jochmann zum Turnwart, Parzybok zum Schatzmeister.

Den Pinner Verein scheint wahrhafter Eifergeist zu beleben. Eine Woche nach seiner Gründung veranstaltete der Verein einen Ausflug zu Fuß nach Neustadt und am folgenden Tage nach Zirke.

Aus Nr. 19 des Przewodnik Katolicki (Posen)
vom 14. Mai 1911:

Plaudereien des Hänschen Weltenbummler!

Gelobt sei Jesus Christus!

Aus der Regegegend, wo ich schon eine lange Reihe von Jahren nicht mehr gewesen bin, kehrte ich glücklich heim. Ich wollte über diese meine Streifereien durch den Regebruch ausführlich berichten. Doch ungern nur gehe ich an diese Arbeit, weil ich den alten Gregor, von dem ich in der letzten Plauderei erzählte, leider nirgends getroffen habe. Dieses tut mir fürchterlich leid, denn von dem hätte ich viele kluge Sachen zu hören bekommen. Ich spähte aufmerksam nach allen Seiten, besonders, wenn ich sah, daß jemand am Flusse oder Kanal saß und angelte — denn das ist die Lieblingsbeschäftigung Gregors in seinen alten Tagen —, doch ich fand ihn nicht! Vielleicht ist er gestorben, oder er lebt nicht mehr, oder es ist sonst was mit ihm passiert!

Weil ich nun vom alten Gregor Erzählungen mit klugem Sinn über das, was in der dortigen Gegend geschieht, nicht gehört habe, so will ich auf meine weltbummlerische Weise heute und in den folgenden Plaudereien selbst über dieses und jenes erzählen.

Unangenehm ist es, auf die sich in der dortigen Gegend immer mehr breitmachende Germanisation und die lutherische Lehre zu sehen. Aber, das ist kein Wunder! Schon die polnischen Herren haben dort einstmalig Kolonisation betrieben, deutsche und protestantische Bauern herbeigeholt, ihnen Kirchen gebaut —, nur um sie bei sich zu behalten. Dieses darf den Herren nicht als Vergehen angerechnet werden, denn zwecks Bewirtschaftung mußte man die menschenleeren Gegenden mit den ersten besten Menschen — woher man sie auch bekam — bevölkern. Doch damals haben sie wohl gar nicht geahnt, welchen Keil sie dadurch in ihre polnische und katholische Nation hineintrieben.

Was diese Herren angefangen haben, das hat die Ansiedlungskommission weitergeführt. Die geehrten Leser haben vernommen, daß diese herrliche Institution, die das polnische Volk aus seinen uralten Sitten vertreibt, erst kürzlich den für uns traurigen Gedenktag, das silberne Jubiläum ihrer Arbeit zum Schaden der polnischen Nation und der katholischen Kirche beging. Sie ist in dem Herzen unseres „Freundes“ Bismarck, der alles, was polnisch und katholisch war, glühend haßte, geboren. O, ich gedenke noch der Zeiten — ein Vierteljahrhundert ist für mich kein so entlegener Zeitraum — als man diese unglückselige Kolonisation einführen sollte. Ich denke noch daran, wie in dem Landtag ein polnischer Abgeordneter versicherte, daß die Preußen es nicht erleben würden, daß die Polen ihnen polnisches Land verkaufen. Doch ist es mir auch noch erinnerlich, welche Scham die wahren Polen und Katholiken ergriffen hat, als sie hörten, daß eine gewisse polnische Gräfin noch vor Inkrafttreten dieses Gesetzes, die Regierung gebeten habe, ihr ihr großes Landgut abzukaufen. Später spielte diese vorbildliche Gräfin in Posen lange Jahre hindurch die Wohltätige! Und dieser einen folgten viele Verschacherer sowohl Schlachzigen, die große Ländereien besaßen, als auch Bauern, von denen man heute fortwährend hört, daß sie durch Schacherei ihren ehrlichen Namen und das Andenken ihrer Väter schänden. Möge sie dafür Gott richten —

für diese Tränen und Verwünschungen des polnischen Volkes, das, vertrieben — seine heimatlichen Dörfer verlassen und in fernen Ländern sein Brot suchen mußte, für unsere Kirchen, in welchen früher Gedränge herrschte, und die heute leer sind, weil die Stellen der katholischen Parochianen Lutheraner einnahmen — und für diese polnischen Marterkreuze, welche an den Wegen und den Feldern von den Verschacherern selbst aufgestellt, und später von der Kolonisation irgend einer benachbarten Kirche für ein Handgeld verkauft oder aus Gnade verschenkt wurden.

Uns zum Troste müssen wir jedoch sagen, daß uns die Kolonisten nicht aufgefressen haben. Wir waren, wir sind, und wir werden, so Gott es will, ihnen zum Trotz sein! Gott ist doch größer als Herr Rymyska — (Polnisches Sprichwort. D. Übers.) Das Kloster wird länger existieren als der Prior. Die Ansiedlungskommission ernährte und ernährt für Geld, welches auch von Polen gegeben wird, eine ganze Schar von Beamten verschiedenen Grades, sie kaufte aus polnischen und deutschen Händen ganze Länderstrecken und besetzte sie mit Landsleuten — und wir — existieren. Und diese Mutterföhnchen und Stützen des „Vaterlandes“, welche von allen Seiten herbeigeholt wurden, werden immer mehr für diejenigen, die sie herbeiholten, eine Plage, wofür ihr Haß gegen die preussischen Herren Konservativen und ihre direkt sozialdemokratische Gier den besten Beweis liefern.

Daher gebührt es uns an diesem Gedenktag, an welchem die ergrimten Schreie des polenfreßerischen Pöbels an unser Ohr tönen, unserm Gott zu danken, dessen Hand uns vor allen diesen gegen uns gerichteten Schlägen bewahrte, denn wir sehen, wie an uns Unwürdigen die erhebenden Worte unseres Liedes, das unser Dichter Kochanowski Gott gesungen hat, in Erfüllung gehen: „Und Du sprichst zum Herrn: Du bist meine Hoffnung, daß Gott der Allerschönste Dein Schutz ist, Dich wird kein Mißgeschick treffen und in Deinem Hause kein Schaden zu finden sein.“

Möge dies jedoch keinen in solchen Schlummer einfallen. Möge sich keiner finden, der da sprechen sollte: Gott wird alles für uns tun, wir können ruhig sein. Wir dürfen uns nicht täuschen. Der Schaden ist groß und unermesslich. Finden sich ein oder zwei Ansiedler, die wegen Vergehen ins Gefängnis wandern oder des Wirtschaftens unfundig dahin austragen, woher sie gekommen sind, so ist das angesichts der großen Zahl der Ansiedler fast bedeutungslos. Es ist also unklug zu sprechen: So sind sie alle! Sie sind den Henker wert! Wir werden sie durch Tugend und Wirtschaftlichkeit besiegen! Jaselei, — meine Herrschaften! Ich fuhr und ging oftmals an den Feldern der Ansiedler vorbei. Was für eine Ordnung! Die Winterjaaten stehen wie ein Wald! Daneben sah ich die Winterjaaten unserer Bauern und Häusler stehen — klein, winzig — kaum des Anschens wert! So war es zum Beispiel auf dem Wege von Hedwigshorst nach Labischin. Die Unsrigen mußten und sollten sich daran ein Beispiel nehmen.

Und doch sind unsere kleinen und größeren Bauern der dortigen Gegend schrecklich eingebildet, sie denken die Klugheit mit Löffeln gegessen zu haben und lassen sich nicht belehren. Den landwirtschaftlichen Vereinen gehören nur Ausnahmen an. Wunden besprechen, zur klugen Frau gehen, den Zauber räuchern — das ist bei ihnen kein Aberglaube. Aber Versammlungen besuchen, Kunstübung gebrauchen, modern wirtschaften, das sehen sie offensichtlich für Sünde und Aberglauben an, denn sie meiden dies alles sehr gewissenhaft.

Eine Freude erlebte ich dort, nämlich als ich die Kirche in Hedwigshorst sah. Ich weiß es, daß auch ich zu Beiträgen für den Bau der Kirche in einer —

wie in vielen andern auch — von der Ansiedlungskommission bedrohten Parochie aufgefordert habe. Gegenwärtig ist dank dieser Opferwilligkeit und vor allen Dingen vielleicht dank der Ameisenarbeit des ehrwürdigen Orts Pfarrers eine schöne Kirche entstanden. Allerdings hat der von der Regierung, die auch einen Teil zum Bau beisteuern mußte, beauftragte Maler alles was ging — z. B. die Bänke und Türen — weiß und schwarz also in den preußischen Farben angestrichen. Das wundert mich gar nicht. Gab es doch solche Verrückten, die sogar das altertümliche Posener Rathaus von oben bis unten mit schwarzweißen Streifen aufstreichen lassen wollten zum Zeichen, daß es schon das Eigentum des preußischen Staates sei. Warum sollte auch dasselbe Los nicht die Bänke und Türen der Kirche in Hedwigshorst treffen! Aber wozu ist der Verstand da? Man kann doch die eine Farbe durch eine andere ersetzen!

Aber schließlich — was sind Bänke, Türen und Fenster! Hauptsache ist, daß unsere Herzen und Seelen ihre alten Farben, die die Seelen und Herzen unsrer Väter schmückten, behalten!

So sagt immer Euer ergebener Diener und Freund
Hänschen Weltenbummler.

Aus Nr. 107 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 11. Mai 1911:

Propst Gryglewicz aus Slesin,

der wegen Haltens einer patriotischen Predigt von der Strafkammer in Bromberg zu 3 Monaten Festung verurteilt worden ist, begibt sich morgen nach Glatz in Schlesien, wo er die Gefängnisstrafe verbüßen wird. Hoffen wir, daß die Leiden den würdigen Priester in Geiste nicht brechen werden und wünschen wir ihm, daß er nach der dreimonatlichen Trennung völlig gesund wieder zu seinen Parochianen zurückkehren möge.

Aus Nr. 107 des Orędownik (Posen)
vom 11. Mai 1911:

Aus der Parochie Wiry.

Lassek, den 8. Mai.

Geehrte Redaktion!

Ich bin genötigt, einige Worte darüber zu schreiben was in unserer Parochie Wiry vorgeht. Da bisher niemand das Wort nimmt, könnte man denken, daß es uns hier so wohl ergeht, wie in Abrahams Schoß. Indes geht es uns Arbeitern keineswegs so gut. Wir haben in Wiry ein katholisches Vereinshaus, das auch für unsere Beiträge erbaut worden ist; doch ist es uns nicht erlaubt, in ihm die Versammlungen der polnischen Berufsvereinigung, deren Ortsgruppe hier über 850 Mitglieder zählt, abzuhalten. Wir müssen also in einem deutschen Lokal herumirren, wo unsre Kameraden das Geld lassen, nur darum, weil der Defan, wie er meint, uns die Abhaltung der Versammlung nicht gestatten kann, weil er sich vor den Herren fürchtet. Ich weiß eigentlich nicht, wieviel solcher Herren sich in unsrer Parochie befinden, denn sie setzt sich überwiegend aus Arbeitern und etwa einem Duzend Wirten zusammen.

Die zweite Sache betrifft die Vikare. Auch denen ergeht es nicht sehr gut. Obgleich sie sehr tüchtige Leute waren, so kann es doch keiner hier lange aushalten. Der erste Vikar war so einigermassen lange hier, nämlich zwei Jahre; der zweite jedoch, Vikar

Sifora, war nur 7½ Monate hier. Es war das ein stiller und gottseeliger Priester; aber leider mußte er unsere Parochie verlassen. Der dritte, Vikar Skompsti, ein tüchtiger Kanzelredner, der mit seinen Predigten die Parochianen forttrieb, mußte nach achtmonatlichem Aufenthalt wegen des Defans gleichfalls die Parochie verlassen. Jetzt verläßt der vierte, Vikar Pankowski, uns ebenfalls nach siebenmonatlichem Aufenthalt, und zwar infolge Weibergewäsch. Augenscheinlich regieren Weiber in unserer Kirche, und so hat die Erbitterung aus Anlaß einer solchen Behandlung der Vikare den Höhepunkt erreicht. Infolgedessen versammelten wir Arbeiter uns am Sonntag, den 7. Mai, vor dem Vikariat, und drei aus der Mitte der Arbeiter gingen als Deputation zu dem Geistlichen Pankowski, um ihm unser Leid auszudrücken wegen seines so kurzen Verbleibens und um ihm zu danken für die wackere Arbeit, die er sowohl im polnisch-katholischen Arbeiterverein, als auch in der Kirche vollbracht hat. Er war auch ein tüchtiger Prediger, vor allem aber nahm er das Volk in Schutz. Als der wackere Kämpfer, der Vikar, sich am Fenster zeigte, da brach das vor der Kirche und dem Vikariat versammelte Volk wie auf den Schlag eines Zauberstabes mit großer Begeisterung dreimal in den Ruf aus „Er lebe hoch“. Am folgenden Tage begab sich wiederum dieselbe Schar mit dem Industrieverein aus Lassek an der Spitze vor das Vikariat, um dem Vikar eine Abschiedshuldigung darzubringen. Der Vikar dankte für die Huldigung, und das Volk sammelte sich um ihn, seine Hände küssend. Fast jeder weinte beim Anblick der Szene, deren Zeugen wir waren.

Ich wundere mich sehr darüber, daß die höhere geistliche Behörde in unsere Verhältnisse nicht hineinschaut, denn der Defan ist doch jetzt krank, und dennoch bleibt keiner der Vikare lange hier. Die Parochie ist so reich, daß sie nicht zwei, sondern drei Geistliche erhalten könnte. Nach meiner Meinung sollte der Kirchenvorstand einschreiten und dieser Willkür des Defans Zügel anlegen.

So viel für heut!

Einer der Parochianen.

Aus Nr. 111 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1911:

Attentate auf die Muttersprache in der Volksschule.

Von verschiedenen Seiten her erhalten wir Briefe und Klagen darüber, daß in den Volksschulen der polnische Sprachunterricht immer mehr eingeschränkt wird, obwohl das, was dort bisher für die polnische Sprache geschah, an und für sich schon verschwindend und unzulänglich war.

In einer gewissen Ortschaft haben die polnischen Familienväter gemäß den allgemein bekannten Weisungen an den Hauptlehrer Anträge eingesandt, daß die Kinder polnischen Sprachunterricht erhalten möchten. Zu diesem Schritte hatten sie das vollkommenste Recht, sie erreichten jedoch auf diesem Wege nichts, da der Lehrer die Briefe nicht annahm. Infolgedessen gab die Post sie den Absendern mit dem stereotypen Vermerk zurück: „Annahme verweigert!“ Solcher Briefe soll es etwa 200 gegeben haben.

Was sollen also diese armen Eltern in ihrer Sorge machen? Sie könnten natürlich eine Beschwerde einreichen, wer wird sie ihnen aber schreiben? Formulare für diese Fälle gibt es nicht, denn es konnte niemand das voraussehen, daß man sogar Anträge nicht entgegennehmen werde. Wir haben Formulare zu Anträgen, nicht aber zu Beschwerden.

Angeichts dessen ist es fürwahr schwer, aus dieser Lage einen Ausweg zu finden. Man könnte Beschwerdeformulare drucken; doch dann wird man das eine künstlich entfaltete Agitation nennen. Die von einem oder dem anderen Individuum eingereichte Beschwerde wird die Anträge der Allgemeinheit nicht erledigen. Immerhin werden die interessierten Väter, wie wir hören, sich mit einer solchen Erledigung der Sache nicht zufrieden geben, sondern tun, was zur legalen Verteidigung geboten erscheint.

Aus dem Kreise Breschen schreibt man uns:

Der Schulinspektor hat an die Lehrer die vertrauliche und mündliche Verfügung erlassen, die Muttersprache in den Mittelabteilungen einzuschränken. Auf seine Anordnung hin, sollen die Kinder polnischer Nationalität muttersprachlichen Unterricht wöchentlich nur $\frac{1}{2}$ Stunde lang erhalten; während der zweiten halben Stunde sollen Turnübungen vorgenommen werden.

Die Sache ist für uns unklar; denn die Regierung hat doch, soviel wir wissen, im Sinne der bekannten Verfügung des Herrn Ministers vom Jahre 1894 eine ganze Stunde wöchentlich für den muttersprachlichen Unterricht bestimmt. Ist vielleicht schon eine andere Verfügung ergangen?

Wir haben somit auch hier ein neues Attentat auf die polnische Muttersprache. Gegen diese Einschränkung haben die Eltern zunächst energigisch Einspruch erhoben.

Ein gewisser Seelsorger in diesem Kreise hat sogar festgestellt, daß in seiner Pfarodie trotz schriftlichen Antrags derselbe Inspektor manche Kinder vom muttersprachlichen Unterricht deshalb zurückgestellt hat, weil jene Kinder die deutsche Sprache nicht genau kennen. Es würde sich empfehlen, daß diesen Sachen auch in anderen Kreisen die um das Wohl ihrer Kinder besorgten Eltern besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Denn es ist doch unmöglich, daß wir angesichts der Beseitigung der Reste unserer Sprache aus den Volksschulen nicht alle uns zustehenden gesetzlichen Instanzen erschöpfen sollten.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 57 der Nasza Gazeta (Pr.:Stargard)
vom 13. Mai 1911:

Unter der Überschrift

Hafatistische Gruben unter „Frhrn. v. Schorlemer“

schreibt die Nasza Gazeta u. a.:

Hoffen wir, daß nach alledem der Hafatismus, wenn auch nur etwas, von dem fürchterlich mißbrauchten Vertrauen verlieren wird. Geben wir uns aber dabei nicht irgendwelchen falschen Hoffnungen hin. Frhr. v. Schorlemer ist zwar ein Sohn des einst bekannten katholischen und Zentrumsabgeordneten v. Schorlemer aus Alst, ein Sohn eines der größten Gegner der Ansiedlungskommission —, doch der Sohn tritt nicht in die Fußtapfen des Vaters, und er verteidigt das antipolnische System mit allen Mitteln; hat er doch auch jetzt erklärt, daß er im Falle der Notwendigkeit sogar das Enteignungsgesetz anwenden werde.

Also wir dürfen nicht tatenlos bleiben und uns nicht unter die Obhut des Frhrn. v. Schorlemer begeben, denn wenn er nicht bald aus dem Sattel fliegt, dann wird er eine germanisatorische Landpolitik betreiben, vielleicht langsam, aber um so erfolgreicher. Lasset uns daher ehrlich und ruhig weiterarbeiten, ohne uns irgend

welchen falschen Hoffnungen hinzugeben, dann wird Gott mit uns sein.

Aus Nr. 57 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 13. Mai 1911:

Helft uns, Landsleute!

In der letzten Zeit hat sich die ganze polnische Presse mit der kaschubischen Frage und besonders mit den Fortschritten der Germanisierung durch Schule und Kirche befaßt. Mit lebhafter Befriedigung ist auch die Nachricht aufgenommen worden, daß die „Dritte Mai-Gabe“ in diesem Jahre für Aufklärungszwecke in der Kaschubei und, soweit möglich, zum Bau „polnischer Häuser“ bestimmt werden soll. Wir sind der Posener Presse dankbar für ihr lebhaftes Interesse für uns an der Ostsee, denn wir bedürfen heute der Hilfe der Landsleute mehr denn je.

Der Hafatismus, der in Danzig seinen Hauptsitz und in der ganzen Kaschubei in den Beamten und in den Beamtinnen seine Anhänger hat, fügt uns große Verluste zu. Mit wenigen Ausnahmen ist auch die Geistlichkeit, wenn auch nicht geradezu feindlich, doch verhält sie sich unseren kulturellen Bedürfnissen als polnische Nation gegenüber völlig gleichgültig gesinnt. Wir sind also verlassen und der Germanisierung ausgesetzt.

Diese Germanisierungsversuche bemühen wir uns durch die Gründung von Vereinen, und besonders von Volksaufklärungsvereinen zu vereiteln. Lust ist viel vorhanden und ebenso ein dankbares Arbeitsfeld, doch was nützt das, wenn diese unsere Arbeit durch den Mangel eines Daches über unserem Kopfe zum Teil gelähmt wird?

Diese unsere Vereine müssen sich in Privathäusern und Kneipen herumdrücken und sie sind noch zufrieden, wenn sie die letzteren überhaupt zur Verfügung haben. Die Behörden haben nämlich die Gastwirte in ihrer Hand und lassen es ihnen auf jedem Schritt fühlen, daß sie polnischen Vereinen Unterkunft gewähren. Obwohl also anfänglich gewöhnlich Begeisterung vorhanden ist, so schwindet sie doch allmählich infolge dieser Drangsalierungen und Verfolgungen. Es tritt dann Unlust ein, schließlich Gleichgültigkeit für nationale Angelegenheiten, und die Germanisatoren gewinnen an Arbeitsfeld.

Besonders hier in Danzig bestehen in dieser Hinsicht schreckliche Verhältnisse. Die Vereinsversammlungen müssen in finsternen Löchern abgehalten werden, und die Theatervorstellungen in Sälen, die mit sozialdemokratischen Wahrzeichen behangen sind. Es ist also kein Wunder, daß es dort weder Begeisterung, noch Früchte der Arbeit gibt, die vorhanden sein müßten. Danzig verdeutschte sich in erschreckender Weise, das beweisen die Tausende von Namen, deren Besitzer Deutsche und zum Teil sogar schon Protestanten sind. Es verdeutschte sich hier leider auch diejenigen, die aus der Provinz hierherziehen und anfänglich Polen aus Überzeugung sind. Und das alles deshalb, weil wir keinen Ort haben, wo wir uns frei versammeln und wo wir unsere aus der Provinz kommenden Landsleute vor der Germanisierung bewahren könnten.

Die „Straß“ hat in diesem Jahre die Lösung ausgegeben, die Dritte Mai-Gabe für ein polnisches Haus in der Kaschubei zu verwenden, und es besteht sogar die Absicht, mit der Zeit mehr derartiger Häuser zu erbauen. Wir wenden uns daher an alle Landsleute im preußischen Teilgebiet und außerhalb seiner Grenzen mit der heißen Bitte: Helft uns! Der 3. Mai hat vor 120 Jahren in unserem lieben Vaterlande alle Stände verbrüderet, und

möge die Dritte-Mai-Gabe in diesem Jahre das Glied sein, das das kaschubische Volk an unsere nationale Sache unzerreißlich anknüpft.

Gebet auch Ihr Spenden, Landsleute aus der Kaschubei, wenn Euch Eure Zukunft und Eure Kinder am Herzen liegen, spendet und sei es auch die kleinste Gabe, und mit der Zeit wird eine Summe anwachsen, die uns von der uns gegenwärtig drückenden Armut befreien wird.

Aus Nr. 56 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 11. Mai 1911:

In der Angelegenheit der Artikel

„Germanisierung durch die Kirche“

sendet uns ein Vikar aus Westfalen einen Brief mit der Bitte, ihn dem Verfasser der Artikel „Germanisierung durch die Kirche“ zu übermitteln. Die Bitte des Herrn Vikars aus Westfalen haben wir erfüllt. Der betreffende Propst hat eingesehen, daß es besser ist, die Erwiderung im Pielgrzym zu veröffentlichen, denn dann wird sie gleichzeitig eine Aufklärung für diejenigen sein, welche die Angelegenheit der Germanisierung durch die Kirche von demselben Standpunkte aus ansehen, wie der Vikar aus Westfalen. Der Brief jenes Vikars lautet:

Hochwürdigster Herr Propst!

„Eine der Angehörigen meiner Pfarodie übergab mir die Nummer 46 des Pielgrzym (s. Nr. 17 des Gesamtüberblicks vom 2. Mai 1911, Seite 477/78) mit dem Artikel „Germanisierung durch die Kirche“ und drückte dabei ihre Entrüstung und Unzufriedenheit darüber aus, daß ein Priester derartig „über andere Priester“ geschrieben habe. An jenen Artikeln hat also jene ehrbare polnische Frau keinen Gefallen gefunden. Aber die hiesige sozialdemokratische Arbeiterzeitung, welche die hl. Kirche sehr bekämpft, hat daran Gefallen gefunden; mit großer Freude wiederholt sie manche Abschnitte aus den Artikeln des Herrn Propstes, besonders die Abschnitte über die „Mazoch's“, „über die Fäulnis unter den Geistlichen“. Wem hat also der Herr Propst einen Dienst erwiesen? Mögen Sie sich das selbst beantworten!

Im Falle, daß der Herr Propst eine weitere Aufklärung wünscht, stehe ich mit dem seit längerer Zeit gesammelten Material zu Diensten.

Achtungsvoll

M , Vikar.“

Darauf erwidert der Herr Propst, der Verfasser des Artikels „Germanisierung durch die Kirche“:

Ich will nicht annehmen, daß jene Frau sich nur entrüstet gestellt hat, in Wirklichkeit aber in anderem Sinne diesen Artikel dem Herrn Vikar zum Durchlesen gegeben hat.

Im Gegenteil, ich nehme an, daß jene Frau in Wirklichkeit entrüstet gewesen ist, daß ein katholisches Blatt von katholischen Geistlichen solche ungeheuerlichen Sachen schreiben und sich noch auf die Verfasserenschaft eines Geistlichen berufen konnte; — jene Frau denkt vielleicht sogar, daß alle dort angegebenen Tatsachen und Vorwürfe erdacht sind, denn es ist doch unmöglich, daß ein katholischer Geistlicher so handeln sollte.

Das wäre nur eine Bestätigung meiner Ausführungen und eine Verurteilung solcher Priester durch sie.

Als Erwiderung mache ich den Herrn Vikar zunächst aufmerksam auf zwei Worte: „scandalum pharisaicum“ oder „pusillorum“ — ich bitte sie entsprechend anzuwenden.

Und ferner:

Ich habe zwar nicht von Frauen, aber von Geistlichen und Laien, die in sozialer Beziehung eine hervorragende Stellung einnehmen und musterhafte sowie religiöse Leute sind (sogar auch von intelligenteren Vertretern unseres Volkes), Worte der Anerkennung darüber gelesen und gehört, daß ich dieses unseren religiös-sozialen Organismus vernichtende Geschwür offen und rücksichtslos aufgeschnitten sowie öffentlich auf diese „Fäulnis“ hingewiesen und sie entsprechend verurteilt habe.

Daß die Feinde unserer Kirche meine Anklagen werden ausnutzen wollen, damit habe ich gerechnet, und das habe ich in diesen Artikeln gleich erwähnt. Doch jede Operation ist schmerzhaft, und trotzdem ist sie häufig notwendig; und wenn sie gelingt, ist jeder dem Operateur dankbar.

Auch ich hoffe in Gott, daß meine Artikel nicht schon verspätet waren und daß sie manchem unserer Geistlichen die Augen öffnen und zu einer Wendung zum Besseren, d. h. zu ihrer Rückkehr zum „Priesterideal“ beitragen werden.

Denkt denn schließlich der Herr Vikar, daß unser Volk keine Augen zum Sehen hat, daß es nicht sieht, nicht denkt und nicht kritisiert?! Und wenn dann der Feind der Kirche käme und ihnen sagte: Seht, so sind eure Geistlichen! — wäre das nicht geeignet, sogar ihren Glauben zu erschüttern?!

Ist es denn nicht besser, daß ich als Geistlicher mit Würde und sachlich getadelt habe, was tadelnswert ist, daß ich beizeiten den Leuten die Augen geöffnet habe, damit sie kein Argernis an dem Bösen nehmen oder gar selbst verderben infolge des Bösen, das sie sehen, sondern daß sie sich beizeiten bemühen, dem Bösen abzuwehren durch Gebete um gute Priester und durch religiöse und tugendhafte Erziehung ihrer Söhne, die sich in Zukunft dem Priesterstande widmen wollen.

Übrigens habe ich den Eindruck, daß der Herr Vikar nicht alle meine Artikel über die „Germanisierung durch die Kirche“ gelesen hat. — Möge sie der Herr Vikar, bitte, mit Ruhe durchlesen, „sine ira et studio“, möge er sie verdauen, möge er sich auch einen „Idealpriester“ vorstellen, und dann möge er schließlich nicht irgend ein asketisches Werk, sondern ein neues, den neuesten Forderungen der Kirche und des Volkes angepaßtes Werk lesen: die Übersetzung aus dem Englischen „Mein neuer Kaplan“ — dann wird er mich gewiß verstehen und mir recht geben. X. X.

Aus Nr. 111 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 16. Mai 1911:

Der Verband der deutschen Katholiken im Osten

ist aus seiner Tätigkeit in den polnischen Landesteilen zur Genüge bekannt. Sein Ziel besteht darin, sich der angeblich hinsichtlich der Seelsorge geschmälernten deutschen Katholiken anzunehmen, und die Folgen dieser Tätigkeit sind Verhältnisse, wie sie vor kurzem in Kl. Kreutsch (Kr. Fraustadt) geherrscht haben.

Der Verband deutscher Katholiken hat sich bisher nicht der Anerkennung aller deutschen Katholiken erfreut. Sein Programm nähert sich sehr dem Programm des „Ostmarkenvereins“, und seine Klagen über die „Zurücksetzung“ in der Kirche durch die Geistlichen bringt er häufig in Blättern vor, die mit dem Katholizismus nichts gemein haben. Es ist also kein Wunder, daß die Organisation dieser sogenannten Amtskatholiken sich auch der Unterstützung der protestantischen Regierung erfreut und daß jedes öffentliche Auftreten seinerseits einen hervorragenden patriotischen Charakter getragen hat.

Die Zentrumsblätter teilen gegenwärtig mit, daß in den Anschauungen des Verbandes deutscher Katholiken eine wichtige Änderung bevorzustehen scheine und daß der Verband allmählich zu der Überzeugung kommen werde, daß Germanisierung gleichbedeutend sei mit Protestantisierung. Ein Beweis für diese Änderung der Überzeugungen soll das vom Verbandsvorstand an die einzelnen Vereine versandte Rundschreiben mit verschiedenen Fragen sein, auf die eine sehr genaue Antwort gefordert wird.

In dem ersten Teil des Rundschreibens handelt es sich um eine genaue Feststellung der Tatsache, wieviel Beamte in den polnischen Landen katholisch und wieviel protestantisch sind. Die Fragen erstrecken sich auf alle Klassen der Post-, Eisenbahn-, Zoll-, Forst-, Gerichts-, Landratsamts-, Magistrats-, Gymnasial- und Volksschulbeamten. Im zweiten Teil des Rundschreibens wird eine genaue Nachweisung derjenigen Orte gefordert, an denen katholische Ansiedler ohne Beeinträchtigung ihrer Pastoralisierung angesiedelt werden könnten. Es handelt sich besonders um die Einholung der Nachrichten, ob in der gegebenen Pfarochie für die Ansiedler deutsche Andachten eingeführt werden könnten, oder ob besondere deutsch-katholische Pfarochien geschaffen werden müßten.

Das sind die wichtigsten Punkte aus dem Rundschreiben des Verbandes der Vereine deutscher Katholiken im Osten. Wie wir oben schon bemerkt haben, folgert die Zentrumspresse aus ihnen, daß im Verlande eine Änderung der Anschauungen bevorsteht. Das bedeutet, daß sich die deutschen Katholiken allmählich dem Zentrumsprogramm nähern, das die Germanisierung als Protestantisierung ansieht.

Nach unserer Ansicht kann man aus dem Rundschreiben so weitgehende Schlüsse nicht ziehen. Vor allen Dingen ist nicht bekannt, aus welchem Grunde der Verband eine Statistik der katholischen Beamten im Gegensatz zu den protestantischen aufstellt. Es ist möglich, daß er den Zentrumsleuten beweisen will, daß ihre Behauptungen hinsichtlich der ungerechten Behandlung der Katholiken bei Vergebung von Ämtern ungerecht sind. Wenn aber das Rundschreiben ein umgekehrtes Ergebnis haben sollte, dann wird er sich damit gewiß nicht rühmen. Wer weiß, ob es sich nicht gar um die Verdrängung derjenigen wenigen polnischen Beamten, die sich noch hier und da in unseren Landesteilen befinden, und um ihre Ergänzung durch deutsche Katholiken handelt. Das würde der bisherigen Tätigkeit des Verbandes weit mehr entsprechen, als die Forderung der Gleichberechtigung.

Und schon am allerwenigsten kann man glauben, daß die Amtskatholiken die Germanisierung als Protestantisierung ansehen. Gegen diese Vermutung spricht schon der zweite Teil des Rundschreibens, in dem ausdrücklich eine Germanisierung der polnischen Landesteile mit Hilfe deutsch-katholischer Ansiedler und durch die Schaffung neuer deutsch-katholischer Pfarochien gefordert wird. Also ausdrücklich eine Germanisierung durch die Kirche und — was nachfolgt — eine Protestantisierung.

Wenn aber die Annahme der Zentrumspresse sich als richtig erweisen und wenn der Verband der deutschen Katholiken sich in Widerspruch mit der Regierung setzen sollte, dann würden wir ein interessantes Schauspiel erleben. Die preussische Regierung wird nämlich mit einer Zulassung der katholischen Beamten in einem gerechten Zahlenverhältnis zu den Protestanten niemals einverstanden sein; auch mit der Schaffung neuer deutsch-katholischer Ansiedlungen in dem Bezirk der Ansiedlungskommission wird sie nicht einverstanden sein, weil sie eine Polonisierung der katholischen Ansiedler befürchtet.

Wenn der Verband der deutschen Katholiken einen Kampf um die Durchführung dieser Forderungen ernstlich aufnehmen sollte, dann wird sich die preussische Regierung gegen drei ihrer bisher treuesten Freunde gleichzeitig zu verteidigen haben: zunächst gegen die Ansiedler, die den regierungsfeindlichen Bauernbund gegründet haben, dann gegen den „Ostmarkenverein“, der enteignungshungrig ist, und schließlich gegen den Verband deutscher Katholiken, der die oben näher beschriebenen Forderungen stellt.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß alle drei Organisationen auf dem Boden des Kampfes des Deutschtums mit dem Polentum entstanden sind, und wenn wir ferner berücksichtigen, daß sie Bursenfreunde der Regierung waren, so müssen wir zugeben, daß die strafende Hand der Nemesis früher gekommen ist, als man es erwartet hatte. Nur noch einige Jahre einen scharfen polnischen Kurs nach den Rezepten der Bismarck und Bülow, dann wird sich die Hydra des Chauvinismus selbst verschlingen.

Aus Nr. 113 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 18. Mai 1911:

Der Unterrichtshilfsverein für Mädchen in Thorn.

Die Hauptversammlung des Thorner Unterrichtshilfsvereins für Mädchen fand am Dienstag, dem 16. d. Mts., um 4 Uhr nachmittags, im „Museums“-Saale unter Leitung des Herrn Dr. v. Wolszlegier statt.

Dem Bericht für 1910 entnehmen wir folgende wichtigsten Einzelheiten: Dem Verein gehören zusammen 20 Kreise an, und zwar 4 großpolnische Kreise: Bromberg, Hohenfalsa, Strelno und Schubin, sowie 16 westpreussische Kreise: Strasburg, Kulm, Konitz, Danzig, Graudenz, Berent, Marienwerder, Löbau, Pr.-Stargard, Schwetz, Stuhm, Dirschau, Thorn, Briesen und Neustadt.

Die Einnahmen aus allen diesen Kreisen stellen sich wie folgt dar: Aus den 4 großpolnischen Kreisen sind für 1910 zusammen 1260,70 Mk. eingegangen, aus den 16 westpreussischen Kreisen 2048,20 Mk., zusammen 3308,90 Mk. An anderen Einnahmen sind 551,85 Mk. eingegangen, der Kassenbestand aus dem Jahre 1909 betrug 2973,66 Mk., so daß sich die Gesamteinnahme auf 6834,11 Mk. beläuft.

Die Ausgaben haben 4424,10 Mk. betragen, so daß auf das Jahr 1911 ein Kassenbestand von 2410,31 Mk. übergeht. 40 Mädchen haben Stipendien erhalten, von denen sich im Rechnungsjahre 35 gemeldet haben. Von den Stipendiatinnen haben 22 den Unterricht beendet; 18 beziehen weiterhin Stipendien. Stipendien sind gewährt worden: zum Schulunterricht 18, zum Klavierunterricht 1, zum Nähanterricht 7, zum Pflanzunterricht 1, zum Frisieren, zur Chemie, zum Kochen und Zeichnen je 1, zur Buchführung 5, zum Pläntz- und Wirtschaftsunterricht je 1 und zu Kindergärtnerinnen 2.

Die größte Opferwilligkeit hat der Kreis Thorn (mit Stadt) bewiesen, von dem 564,30 Mk. einkommen sind; an zweiter Stelle steht der Kreis Bromberg mit 443,35 Mk., an dritter Stelle der Kreis Hohenfalsa mit 350,10 Mk.; am wenigsten, denn nur 25 Mk., sind vom Kreise Marienwerder eingegangen, was aber bei den dortigen Verhältnissen nicht wundernehmen kann.

Die Direktion hat 5 Versammlungen abgehalten. Im Jahre 1910 haben der Direktion angehört die Damen E. Szuman, Vorsitzende, J. Biskorska, Schriftführerin und Kassiererin, B. v. Gzarlinska, H. v. Domiriska, W. Urbanska, M. Szczuglowska und H. Steinborn.

Nach Vorlegung des obigen Jahresberichts erstattete der Kassenrevisor, Herr Zankowski, der alle Rechnungen in gehöriger Ordnung vorgefunden hat, seinen Bericht. Die Hauptversammlung erteilte dem Vorstände Entlastung. Zum Schluß wurde die bisherige Direktion einstimmig wiedergewählt.

Der Verein entwickelt sich immer besser und bemüht sich, wenn auch in bescheidenen Verhältnissen, seiner ehrenvollen Aufgabe gerecht zu werden. Auch die Obhut der Polizei hat der Verein fühlen gelernt. Der frühere Oberbürgermeister Dr. Kersten „unvergesslichen“ Andenkens wollte dem Verein durchaus ein politisches Merkmal ausdrücken. Der Vorstand hat aber nicht nachgegeben und hat ein Gerichtsurteil erwirkt, das den Unterrichtshilfsverein als unpolitisch anerkannt hat.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 77 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 17. Mai 1911:

**Das Zentrum für ein Ausnahmegesetz!
Das Zentrum gegen das Volk!
Das Zentrum hat die katholische Sache
verschachert!**

Das ganze Verhalten des Zentrums in Sachen der Reichsversicherungsordnung ist eine einzige große Kriecherei vor der Regierung und den Konservativen. Die Regierung, die Konservativen und das Zentrum haben sich verschworen und setzen ihre Wünsche zum Nachteil des Volks mit Stimmenmehrheit durch. Die Polen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten können reden und Anträge stellen, soviel sie wollen, jene tun mit einem ironischen Lächeln was ihnen beliebt.

Den Gipfel der Nichtswürdigkeit erreichte die Politik des Blocks der Konservativen und des Zentrums am Sonnabend. Zur Beratung im Plenum des Reichstages gelangten diejenigen Paragraphen, die von der Organisation der sogenannten Landkassen handeln. Während man für die Ortskrankenkasse dem Grundsatz zustimmte, daß die beteiligten Arbeitgeber und die zur Kasse gehörigen Arbeitnehmer sich selbst den Vorstand wählen dürfen, schreibt § 343 vor, daß für die Landkrankenkassen der Vorstand von der Vertretung des Gemeindeverbandes, also von dem Kreistage, nicht von den Mitgliedern der Kasse gewählt werden soll.

Dies ist eine ausdrückliche Ausnahmenvorschrift gegen die Arbeiter in den Dorfgemeinden, eine Ausnahmenvorschrift gegen das Volk. In unseren polnischen Landesteilen ist dies zugleich eine Ausnahmenvorschrift gegen die Polen. Man will das Wahlrecht denjenigen nicht zubilligen, die die Kassenbeiträge zahlen, weil aus solchen Wahlen überwiegend Polen hervorgehen würden. Darum wird dieses Recht den von den Deutschen beherrschten Kreistagen überlassen. Aber das ist noch nicht alles: In den Kreistagen machen sich die Protestanten sogar in solchen Kreisen breit, deren ungeheure Mehrheit das katholische Element bildet. Deshalb ist der § 343 der Versicherungsordnung auch eine Ausnahmenvorschrift gegen die Katholiken.

Dennoch nahm die Reichstagsmehrheit, wie wir schon in der letzten Nummer berichteten, diesen Paragraphen an, und zwar mit 170 Stimmen gegen 103 Stimmen. Die Mehrheit bildeten die Konservativen aller Schattierungen und — die Zentrumsleute. Zur Hälfte verhielten sich so die Zentrumsleute schon f. Zt. in der Kommission, aber es wurde angenommen, daß

sie sich bis zu den Plenarberatungen noch „beginnen“ würden! Indes „beginnen“ sie sich nicht. Ja, die Zentrumsleute haben die Volksache verraten, die Zentrumsleute haben das polnische Element dem Hafatismus preisgegeben, sie haben das Wohl der Katholiken verschachert.

So hat der Block der Konservativen und des Zentrums der polnischen Fraktion bzw. ihrer Mehrheit die Unterstützung der Finanzreform vergolten.

Manchem von denen, die sich ewig politischen Illusionen hingeben, werden jetzt vielleicht die Augen aufgehen. Aber das ist schon ihre Sache; wir hier in Oberschlesien haben es vor allem mit den Zentrumsleuten zu tun. Wie die Freisinnigen ihre freiheitlichen Grundsätze bei der Beratung des Vereinsgesetzes und seines Sprachenparagraphen veräußert haben, ganz ebenso haben jetzt die Zentrumsleute ihre bombastischen Grundsätze bei der Beratung über die Organisation der Landkrankenkassen verschachert.

Schande, Schande, dreimal Schande sei ihnen dafür!

Jedes Übel hat seine gute Seite. So auch in diesem Falle. Von dem Antlitz des Zentrums ist wenigstens die Pharisäermaske gefallen. Jetzt werden sich die Zentrumsleute durch nichts mehr entschuldigen können, wenn die Zeit der politischen Abrechnung kommen wird. Diese Abrechnung werden die Wahlen sein. Das Volk wird den Zentrumsleuten eine Abrechnung geben, die sich diese für alle Zeiten merken werden. Das Volk wird ihnen diesen schändlichen, widerwärtigen Verrat reichlich lohnen.

Wir meinen jedoch, daß man nicht bis zu den Wahlen zu warten braucht. In Volksversammlungen muß gegen den Zentrumschacher sofort protestiert, der Rest des unaufgeklärten Volkes aus der Unerfahrenheit und der Kriecherei vor den Zentrumsleuten befreit und unter die nationale Fahne geschart werden.

Fort mit denen, die das Volk verraten, die Freiheit und Gleichberechtigung verschachern, die das Wohl des katholischen Elements verschachern — fort mit dem Zentrumschacher!

Der Gornoslonzak schreibt in derselben Angelegenheit in seiner Nr. 112 vom 17. Mai 1911 u. a. was folgt:

So oft die Zentrumsparlei zur Mitarbeit in der Regierung gelangt, wird sie gefährlich, besonders für uns Polen. Es fehlt ihr dann einfach das elastische und steife Rückgrat, um sich den Forderungen der Regierung zu widersetzen und eine wirklich völkische Partei zu sein. Aber wir haben nie geglaubt, daß die Zentrumsparlei nach dieser Richtung so weit gehen könnte, daß sie wirtschaftlichen Interessen und der Freundschaft der Regierung zu Liebe sogar rein katholische Interessen opfern wird. Und doch geschah dies am verflossenen Sonnabend im deutschen Reichstag, als es sich um die sogenannten Landkrankenkassen handelte.

Für die polnische Bevölkerung, sowohl für unsere Wirte, als auch für unsere Arbeiter, ist die Sache von weit größerer Bedeutung. Die Kreistage in den polnischen Landesteilen werden von den Hafatisten und Protestanten vollständig beherrscht. Dies ist eine Folge der ungerechten Kreisordnungen und des Wahlsystems. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese hafatistisch-protestantischen Mehrheiten die Vorstände und Ausschüsse der Landkrankenkassen in der Weise wählen werden, daß diese ihren Wünschen und Bestrebungen willfährig sein werden, oder mit anderen Worten, daß sie zur Germanisierung und Protestantisierung unseres Landes beitragen werden.

Das Zentrum sagte stets, daß Germanisierung Protestantisierung sei, und es hat in dieser Beziehung

vollkommen recht, denn dem ist in der Tat so. Aus diesem Grunde lehnte die Zentrumsparlei stets alle Ausnahmegefeze gegen die Polen ab. Am verflossenen Sonnabend handelte sie zum ersten Male anders, denn sie stimmte bewußt für ein Ausnahmegefez gegen die polnische Bevölkerung und, was noch schlimmer ist, für ein Gefez, welches sogar den katholischen Interessen ein Unrecht zufügt. Das Zentrum hat zum ersten Male eine Politik unterstützt, welche die Protestantisierung der katholischen Bevölkerung erstrebt. Die polnischen Abgeordneten suchten den Zentrumsleuten privatim und von der Rednerbühne herab klarzumachen, welche Folgen die Vorschriften betreffend die Landfrankenkaffen für die katholische und polnische Sache haben werden; energischer konnten sie ihnen ins Gewissen nicht reden, als es die Abgeordneten Kulerski und Korsanty taten, aber ihre Anstrengungen waren vergeblich. Und es wurde ihnen gesagt, daß die Hakatisten und Protestanten die Landkaffen vollständig beherrschen und aus ihnen ein politisches Werkzeug machen werden. Sie werden überall die katholischen Ärzte beseitigen und hakatistisch-protestantische Ärzte anstellen; als Hebammen werden sie nur Deutsche und Protestantinnen anstellen, und zur Krankenpflege der katholischen Arbeiter werden sie sich der Diakonissinnen anstatt katholischer Schwestern bedienen. Diese werden, wie es häufig geschieht, dem katholischen Volke evangelische Bibeln und das Luthertum empfehlende Abhandlungen in die Hand drücken, mit einem Wort, die hakatistisch-protestantische Arbeit wird in den polnischen Landesteilen eine große Erleichterung finden. Die Zentrumsleute deckten sich damit, daß sie ihren Standpunkt nicht mehr ändern könnten, weil sie sonst das Kompromiß mit den Konservativen und Rational-liberalen zwecks Durchführung der Versicherungsordnung zerschlagen würden, wodurch das ganze Gefez zu Falle kommen könnte. Und die Regierung habe schon in der Kommission erklärt, daß sie ohne diese Ausnahmebestimmungen für die Landarbeiter überhaupt und für die polnische Bevölkerung im besonderen dem Gefez nicht zustimmen werde. Diese Erklärung wiederholte die Regierung sogar zweimal. Die größte Demütigung für die Zentrumsleute war, daß ihnen die Regierung sogar in rein katholischen Angelegenheiten das Messer an die Kehle setzt, und sie tun, was die Regierung will. Heute gibt es keine Männer wie Windhorst, denn zu ihren Zeiten hätte sich die Zentrumsparlei nicht so bloßgestellt.

Aber heute haben sich die Zentrumsleute soweit vergessen, daß sie sogar die Interessen der polnischen Katholiken opferten, sie dem Raub der Hakatisten und Protestanten preisgaben, um nur ihre Zwecke zu erreichen. Und diese Zwecke waren doppelt: einmal politische Zwecke, die sich in dem Wunsche, um jeden Preis zu herrschen, äußern, und ferner selbstsüchtige Zwecke der deutschen Landwirte. Die Agrarier im Zentrum gewannen die Oberhand, für sie ist es bequem, daß der Kreistag den entscheidenden Einfluß auf die Landkaffen hat; ein sehr großer Teil der Zentrumsleute aus den landwirtschaftlichen Gegenden bekämpfte grundsätzlich die Selbstverwaltung in den Landkaffen, damit der Knecht in der Krankenkasse nicht mit dem Herrn schalte und walte. Wenn diese selbstsüchtigen Zwecke der Zentrumsleute nicht wären, würde die Zentrumsparlei nicht gezögert haben, der Regierung entgegenzutreten und auf ihren feindlichen Standpunkt zu achten. Die Regierung hätte sich nicht zum ersten Mal ergeben. Wir bemerken, daß die obererschleischen Abgeordneten Strzoda und Graf Oppersdorf gegen die Ausnahmevorschriften gestimmt haben, Pfarrer Glowacki aber, der größte Schreihals

des Zentrums, der fortwährend gegen die Polen heßt, glänzte durch Abwesenheit.

Die polnische Bevölkerung wird sich die Haltung des Zentrums merken. Kein polnischer Katholik wird den Zentrumsleuten glauben, wenn sie sich rühmen werden, daß sie die einzige Partei seien, die die katholische Sache verteidige, es wird ihnen niemand mehr glauben, daß sie alle polenfeindlichen Gefeze bekämpft hätten, denn am Sonnabend haben sie Vorschriften unterstützt, die den Polen und Katholiken in den polnischen Landesteilen ein Unrecht zufügen.

Aus Nr. 112 des Kurjer Slaski (Zabrze)
vom 17. Mai 1911:

Eine Audienz bei Seiner Eminenz, dem Herren Kardinal.

Bekanntlich weilt seit Sonnabend Herr Kardinal Dr. Kopp in Gleiwitz. Über die Festlichkeiten schreiben wir an anderer Stelle. Es fand auch der Empfang einer polnischen Deputation statt, der folgenden Verlauf nahm:

Sonntag abends um 8 Uhr gewährte Fürstbischof Kardinal Kopp einer polnischen Deputation der Allerheiligen- und St. Peter und Paul-Parochien eine Audienz. Er empfing die Deputation im Pfarrhause in Gegenwart von etwa 20 Geistlichen.

Die Deputation setzte sich zusammen aus den Herrn Dr. Styczynski, Rechtsanwalt Jakrzewski, drei Arbeitern aus Richtersdorf und zwei Arbeitern aus Trynek.

Dr. Styczynski dankte dem Herrn Oberhirten für die am Tage vorher an den Stufen des Altars gesprochenen und ins Polnische übersetzten herzlichen Worte. Die polnischen Parochianen hätten sich von neuem überzeugt, daß sie dem Herzen des Herrn Oberhirten ebenso nahe ständen, wie die anderen.

Sie seien glücklich, sagte Redner, daß es ihnen gestattet sei, Seiner Eminenz in ihrer geliebten polnischen Muttersprache Worte kindlicher Liebe, tiefster Dankbarkeit, der Achtung und Ehrerbietung auszudrücken. Sie seien glücklich, daß es ihnen gestattet sei, in ihrer Muttersprache ihrem Hochwürdigsten Herrn Bischof Gehorsam zu versprechen.

Alsdann berührte Redner die Verhältnisse der polnischen Andachten in den beiden durch die Deputation vertretenen Parochien. Er erklärte, daß es auch in Gleiwitz, wie vermutlich in allen Parochien mit verschiedenen Nationalitäten, an Unzulänglichkeiten und Mißhelligkeiten nicht fehle. Die Polen verlangten immer vollkommene und zahlreichere Andachten. Sie bemühten sich darum in würdiger Weise, indem sie die polnischen Andachten als die erfolgreichste Waffe gegen den Geist des Unglaubens ansähen. Zu Störungen des Friedens sei es deswegen in den Parochien noch nicht gekommen.

Redner bestätigte aus eigener Erfahrung, daß die hochwürdigen Herren Pfarrer Peter und Jajlo die Wünsche der polnischen Parochianen sachlich prüften und ihren Wünschen nach Möglichkeit zu willfahren bemüht seien.

Schließlich dankte Redner Seiner Eminenz, daß er trotz des vorgerückten Alters nach Gleiwitz gekommen sei, um dem jüngeren Geschlecht das Sakrament der Firmung zu spenden und das Gotteshaus in Petersdorf zu konsekrieren, aus dem schon heute aus Tausenden polnischer Kehlen ein polnischer Dank- und Bittgesang zum Throne des Allerhöchsten emporgestiegen sei.

Die Antwort des Herrn Cardinals.

Auf die Ansprache des Dr. Styczynski erwiderte der Oberhirt in deutscher Sprache, weil er, wie er selbst erklärte, nicht polnisch sprechen könne.

Er erklärte der Deputation, daß, wie die heiligen Apostel alle Völker ohne Unterschied gelehrt hätten, auch er selbst nicht den mindesten Unterschied zwischen Polen und Deutschen mache. Die einen wie die anderen liebe er mit gleicher Liebe. Der beste Beweis hierfür sei, daß ihn die einen wie die anderen gleich heftig angriffen. Die Geistlichkeit sei gleichfalls von dem selben Grundsatz durchdrungen, und die Gläubigen sollten ihren Seelsorgern Vertrauen entgegenbringen. Er dankte dem Redner, daß dieser ihm in so schönen Worten seine und der polnischen Parochianen Gefühle zum Ausdruck gebracht habe. Er ließ sich alle Mitglieder der Deputation vorstellen und erteilte ihnen den bischöflichen Segen.

Aus Nr. 79 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 18. Mai 1911.

„Timotheus, hüte das, was Dir anvertraut worden ist.“

I. Tim. 6, 20.

Oberschlesien sollte in letzter Zeit einige festliche Augenblicke erleben, denn überall rüstete man sich zum Empfang des Bischofs, des Nachfolgers der Apostel, des Apostels „der Liebe und des Friedens“. Und als katholische Nation, die der katholischen Kirche als ihrer teuren einzigen Mutter aufrichtig zugetan ist, bereitete das obereschlesische Volk dem Kirchenfürsten einen glänzenden Empfang.

Nirgends empfängt man seine Bischöfe so, wie gerade in Oberschlesien, nirgends wird dies mit einem solchen — vielleicht allzu übertriebenen — Prunk, mit einer solchen Freude getan, obgleich — dieser Bischof die Sprache des obereschlesischen Volkes nicht kennt, obgleich er seine Sitten und Gebräuche nicht kennt. Der Bischof wurde so herzlich empfangen, wie nirgends anderswo, obgleich die obereschlesischen Polen bisweilen bei ihren Oberhirten den Mangel an wirklich väterlicher Liebe empfinden mußten. Das Volk weiß nämlich, daß es hier nicht den Fürstbischof Kopp als Politiker, sondern den Bischof als kirchlichen Würdenträger, als Nachfolger und Stellvertreter der Apostel ehrt.

Und trotz der besten von diesem Volke bewiesenen Absichten, trotz der infolge des so glänzenden Empfanges entstandenen Kosten wurde dieses Volk in wahrhaft kreuzritterlicher Weise behandelt. Mit einem ungeheuren Hochmut und Dünkel behandelten dieses Volk verschiedene Geistliche, mit demselben Hochmut taten dies verschiedene Deutschkatholiken, deren man sich zur Parade bediente. Dem Volke wurden goldene Berge versprochen, es wurde versichert, daß dem polnischen Volke Gerechtigkeit und Gleichberechtigung widerfahren würde, daß seine billigen wiewohl bescheidenen Forderungen bei diesen Festlichkeiten würden berücksichtigt werden! — Und was ist geschehen? — Schob man doch das Volk überall beiseite. Überall ließ man es fühlen, daß es nur geduldet sei. Der Herr Bischof mußte den Eindruck gewinnen, daß er in deutschen Gegenden empfangen werde; nichts brachte ihm zum Bewußtsein, daß es doch Polen seien, die ihn in so großer Zahl und mit einer solchen Begeisterung empfangen.

Es kommt mir die Einweihung einer Kirche in der brandenburgischen Sandgegend in den Sinn. Der Herr Pfarrer hatte in allen polnischen Landesteilen gebettelt, eine Bittschrift nach der andern hatte den Weg zu den armen Polen gefunden, denn es wurde

ihnen gesagt: „Dies ist für eure Landsleute bestimmt.“ Die armen Sachjengänger gaben ihren letzten Heller hin, sie selbst litten manchmal Hunger und nährten sich nur von Kartoffeln, weil ihnen versprochen wurde, daß in dieser Kirche das Wort Gottes in der Muttersprache werde verkündigt werden, weil ihnen zugesagt wurde, daß sie zur Teilnahme an den Feierlichkeiten der Einweihung des Gotteshauses würden zugelassen werden! Aber was geschah?

Die überwiegend von dem Gelde des polnischen Volkes erbaute Kirche wurde feierlich konsekriert, aber von dem Akt der Konsekration wurden die polnischen Parochianen ferngehalten. — Beiseite mit euch, denn ihr entstellt nur die Feier. Tretet den Platz den Herren Pastoren, dem Bürgermeister und den städtischen Vertretern ab, macht den Lutheranern Platz, denn sie werden diese feierliche Handlung besser verherrlichen, als die polnischen Parochianen! — Bei den Feierlichkeiten wurde der opferwilligen Polen, die zum Bau der Kirche mit ihrem Gelde beigetragen hatten, garnicht Erwähnung getan. Und polnische Predigten gab es lange, lange nicht. Und dieser selbe Pfarrer, der bis zur letzten polnischen Hütte nach dem polnischen Gelde gedungen war, trat sogar gegen die polnischen Predigten auf.

Jeder wird fragen, ob dies möglich sei? Ja! In der Welt und besonders in Preußen ist alles möglich, zumal wenn es sich darum handelt, die Polen ihrer Rechte zu berauben. — Wer ist schuld daran? — Unsere Geistlichen! Vor einem preussischen Nachwächter haben sie mehr Achtung als vor den polnischen Parochianen.

In den obereschlesischen Parochien spielen bei den Beratungen betreffend den Empfang des Bischofs die Herren Lehrer eine größere Rolle, als die ganze polnische Parochie, denn der Herr Pfarrer fürchtet diese Herren — man weiß nicht warum? Und was würde der Herr Landrat sagen, mit dem der Herr Pfarrer in sehr enger Freundschaft lebt. — Wenn es sich um die Veranstaltung irgendeiner Feier handelt, dann finden sich stets „Deutsche“, und wären es solche, die nie die Kirche besuchen.

Der Ruckuck hole alle polnischen Parochianen, wenn nur der Herr Pfarrer eine gute Nummer selbst bei den einfachsten Beamten hat. Soweit sind wir schon gekommen!

Wo ist der Geistliche, der den Mut der Apostel zeigte? Wo ist der Geistliche, der sich zu den Worten emporschwingen würde: Ich bin Herr in der Parochie, ich kenne keine Nebenregierung der „Ostmarkenvereiner“! Wo ist der Geistliche, der jagen könnte: „Ich bin ein guter Hirte, ich kenne meine Leute und nicht bloß — ihre Geldtaschen“! — Ja, sie kennen ihre Leute, aber nur dann, wenn sie das polnische Geld brauchen. Eingedenk des lateinischen Sprichworts „pecunia non olet“, suchen sie es zu bekommen, und wäre es aus der Tasche des armen polnischen Arbeiters. Eine solche Handlungsweise wird sich früher oder später rächen.

Am traurigsten ist der Umstand, daß solche heiligen und glänzenden Tage in den Herzen der polnischen Parochianen Bitterkeit, anstatt Frieden und liebe Erinnerungen hinterlassen. Ihr Herren Konfratres spricht täglich bei der hl. Messe „Dominus vobiscum“. „Friede sei euch“, sagte der Herr Bischof selbst, indes... brachtet ihr dem Volke Erregung, Erbitterung und vielleicht Fluch und Verwünschung!

Die Geistlichen sind Knechte der preussischen Regierung geworden, sie haben vergessen, daß sie die Väter ihrer verlassenen bedrückten Parochianen sein sollen. Sie blicken nach der Gunst der Regierung. Und diese Regierung wird es ihnen vielleicht noch

einmal heimzahlen wie in Frankreich. Haben sie dies doch schon einmal während des Kulturkampfes von derselben Regierung erfahren, die sie in der Germanisierungsarbeit aktiv unterstützt haben und unterstützen!

Während eines zweiten solchen Kulturkampfes werden solche Geistlichen ihre Schäflein vergeblich suchen. Warum ginet ihr, wenn ihr die polnischen Parochianen nicht verteidigen wollt, in polnische Parochien und nicht in deutsche?

O Timotheus, hüte das, was dir anvertraut worden ist. — Alle, die fromm in Jesu Christo leben wollen, werden Verfolgungen erdulden. — Berrichte das Werk des Evangelisten.“ (Tim.).

Geistlicher Matthias, der Jüngere.

Aus Nr. 111 des Górnolazak (Kattowitz)
vom 16. Mai 1911:

Betrifft die Reichstagswahl im Kreise Rybnik.

Wohin ich mich wende, frage ich die Leute, wen sie als Reichstagsabgeordneten haben möchten. Bis jetzt sagte mir jeder, daß unser bisheriger Abgeordneter Pfarrer Wajda, der einzige Kandidat nach dem Sinne aller Arbeiter und Wirte, überhaupt aller Wähler sei. Einer sagte mir, Pfarrer Wajda sei ein solcher Abgeordneter, daß er sein Herzblut lassen würde, wenn er dadurch uns Polen, dem polnischen Volke, seinen Wählern, helfen könnte. Dies zeigte sich bei verschiedenen Gelegenheiten, am meisten aber beim Streik auf der Donnersmarktgrube, denn er empfand mit uns Schmerz und suchte uns auf, ohne daß wir ihn zu bitten brauchten. Wie sprach er zu uns, wie beriet er sich mit uns, wie sprach er bei einflussreichen Leuten, sogar bei den Ministern in Berlin vor . . . Wie unterstützte er arme Arbeiter. Die Vergleute hätten den Streik auf der Donnersmarktgrube nach wenigen Tagen ganz gewonnen, wenn es nach dem Sinn, nach den Worten und nach den ihm gegebenen Versprechungen gegangen wäre. Aber dabei war nur der Sozialdemokrat S. hinderlich, weil er die Leute zum Streik aufwiegelte. Das wird für die polnische Berufsvereinigung eine Warnung sein, sich mit ihnen niemals noch einzulassen.

Aber ich komme auf die Kandidatur des Herrn Pfarrers Wajda zurück, die uns allen auch deshalb gefällt, weil der Abgeordnete Wajda durch seine Rede den ganzen Reichstag in Bewegung gesetzt hatte. Schrieben doch alle, sogar deutsche und feindliche Zeitungen, daß bisher, solange der Reichstag besteht, den Abgeordneten noch niemand so zu Herzen geredet habe, wie der Abgeordnete Wajda. Es wäre einfach undankbar, wenn jemand an eine andere Kandidatur dächte, aber wer dächte denn auch an eine andere Kandidatur? Ich weiß, daß Herr Pfarrer Wajda den Ehren- und Günstbezeugungen dieser Welt keine Bedeutung beimißt. Er erfüllt gewissenhaft seine Priester- und Bürgerpflicht, wodurch er eine innere Befriedigung hat, und das genügt ihm. Ich weiß, daß er sich um ein Mandat nicht reißt, aber ich habe die feste Überzeugung und weiß gewiß, daß er unsere Vertretung in Berlin noch einmal übernehmen wird, und wäre es nur für die nächsten 5 Jahre, wenn wir dies von ihm verlangen und ihn darum bitten werden. Er wird sich der Bürgerpflicht umso weniger entziehen, als er sie als Priester ganz und gewissenhaft erfüllen will. Darum rufe ich aus der Tiefe des Herzens: Unser Pfarrer Wajda, unser jetziger und zukünftiger Abgeordneter lebe dreimal hoch!

Aus Nr. 57 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 16. Mai 1911:

Die Verfolgung eines galizischen Arbeiters und sein plötzliches Verschwinden.

Aus einem Dorfe im Kreise Oppeln gibt uns eine angesehenere und glaubwürdige Person, die sich zu deutschen Kreisen zählt, nachstehende von Zeugen bestätigte Beschreibung des Mißgeschicks eines galizischen Arbeiters, der sich im Dienst eines Dominiums im Kreise Oppeln befand. Indes nennen wir weder das Dorf noch die Namen. Die Sache ist aber der Staatsanwaltschaft übergeben, und sobald sie sich vor dem Gericht abspielt, werden wir alle Einzelheiten noch genauer angeben. Der Inhalt des in deutscher Sprache uns übersandten Schreibens lautet in polnischer Übersetzung wie folgt:

(Rückübersetzung):

Seit dem Monat März v. J. wurden von dem hiesigen Dominium infolge Mangels an Arbeiterkräften von Agenten Arbeiter aus Galizien bezogen. Diese waren kaum einige Tage hier, und schon liefen alle davon mit Ausnahme eines Arbeiters K., den man nicht weglassen wollte. Dieser Arbeiter kündigte wiederholt seine Stelle und bat, ihn vom Dienste zu entbinden, aber alles vergeblich. K. war als Pferdeknecht beschäftigt, und er wurde gezwungen, auf dem Dominium zu wohnen. Man gab ihm aber keine geeignete Wohnung, sondern man ließ ihn im Stalle wohnen, wo er sogar im Winter ohne Schlafdecke übernachten mußte. K. sollte nach dem Vertrage vom Arbeitgeber Unterhalt bekommen, aber nur kurze Zeit hielt man an dieser Vereinbarung fest. Später erhielt K. nur Überbleibsel und Abfälle, die ihm der Arbeitgeber auf seine Bitten geben ließ. Schließlich wurde der Arbeiter auch dieser Kleinigkeiten beraubt. Der arme Mann, der vom Morgen bis zum Abend arbeiten mußte, hatte zur Ernährung seiner Frau und dreier Kinder, die in Galizien wohnen, einen Wochenlohn von nur 6 M., von dem ihm noch zur Kautions- und Versicherung Abzüge gemacht wurden.

K. nährte sich von halbgekochten Kartoffeln, die er sich aus der Brennerei nahm, und darum unterstützten ihn hiesige Einwohner aus Mitleid mit Nahrung und Kleidung. Schließlich hielten sich auch sie von ihm fern, weil er, wie es scheint, in einen krankhaften Zustand verfiel, so daß niemand den Geruch vertragen konnte, der von ihm ausströmte.

Jetzt noch einige Worte über die Behandlung des unglücklichen Arbeiters; aber es ist schwer, Worte zu finden, um diese nach Gebühr zu beschreiben. K. wußte sich in seiner Sache nicht zu helfen, zumal er weder schreiben und lesen, noch deutsch sprechen konnte. So oft er nur einen kleinen Fehltritt beging, schlug ihn der Stellvertreter des Arbeitgebers in unmenschlicher Weise mit dem Stock oder der Reitpeitsche, ebenso mißhandelte und stieß ihn der Vogt mit den Füßen.

Um diesen Menschen aus der elenden Lage zu befreien, wurde am 20. April ein Schreiben an die hohe Behörde gerichtet, aber das Schreiben trug nur dazu bei, die Lage des K. noch zu verschlimmern. Täglich mußte er den Vorwurf hören: „Briefe schreiben und deine Vorgesetzten denunzieren kannst du, aber zu arbeiten verstehst Du nicht“. Der Arbeiter wurde desto mehr geschlagen und verfolgt, und fast täglich drohte man ihm mit Totschlag und sagte: „Dort an der Kirche wird man dich nicht im Grabe begraben, sondern man wird dich nur in einer Grube vergraben, und du „stinkender Hund“ wirst deine Frau und deine Kinder nicht erblicken (nach denen sich K. so sehr sehnte). Ein Wort deines Arbeitgebers bedeutet

nämlich mehr als zehn deiner Beschwerden. Das eine Wort rechtfertigt alles.

Am letzten Tage aller Verfolgungen begab sich K. zu einem hiesigen Einwohner und bat, ihm essen zu geben, wobei er über sein unglückliches Los bitter weinte. Es war in den ersten Tagen dieses Monats. Seit dieser Zeit ist K. spurlos verschwunden, und es ist anzunehmen, daß er entweder Selbstmord begangen hat, oder daß ein Verbrechen an ihm begangen wurde. Nachforschungen seitens des Arbeitgebers wurden bis jetzt nicht angestellt.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 105 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 9. Mai 1911:

Keine Illusionen!

Freitag abend fand in der Budgetkommission des preußischen Landtages — wie wir schon Sonnabend kurz berichteten — eine interessante Debatte über die Denkschrift der Ansiedlungskommission statt. Daß man bei dieser Gelegenheit auch die Angelegenheit der Enteignung der Polen berührte, versteht sich eigentlich von selbst. Veranlaßten doch die Hafatisten schon seit langer Zeit eine förmliche Treibjagd auf die Regierung, weil sie das Enteignungsgezet bisher nicht in Kraft treten ließ, und mobilisieren gegen sie die öffentliche Meinung, indem sie die Parteien (Konservative und Nationalliberale), welche seinerzeit unter dem Druck der Hafatisten das Enteignungsgezet angenommen hatten, an die Wand drücken.

Noch vor etwa zwei Wochen drohte ein Führer der angenehmen Hafatistenbruderschaft, der bekannte Justizrat Wagner der Regierung, daß, falls sie nicht anfangen werde die Polen zu enteignen, sich einer finden werde, der die höchste Stelle, d. h. den preußischen König von der Notwendigkeit der Enteignung der Polen überzeugen werde. Im Amtsorgan der Hafatisten hat man der Regierung sogar direkt den Vorwurf gemacht, daß sie mit Willen die Veröffentlichung der Denkschrift der Ansiedlungskommission hintangehalten und diese so umgearbeitet habe, daß die Kommission für sie die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Der Hafatismus ist daran gewöhnt, daß die Regierung schon lange nach seiner Pfeife tanzt. Er hat also die Form einer Nebenregierung angenommen, die der Regierung gebietet, was, wie und wann sie etwas gegen die Polen im Interesse der Legion der Talerpatrioten in den polnischen Landesteilen unternehmen soll.

Angeßichts dessen mußte die Regierung Stellung nehmen, um so mehr, da sie in der Kommission durch den Berichterstatter, den konservativen Abg. Arnim dazu direkt aufgefordert wurde. Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß die Beantwortung dieser Frage dem Landwirtschaftsminister Baron Schorlemer zufiel, dem Sohne des einstmals berühmten katholischen Zentrumsabgeordneten Baron Schorlemer aus Alst, der zu den größten Gegnern der Ansiedlungskommission gehörte und schon bei ihrer Schaffung den denkwürdigen und wahren Satz prägte: „Germanisation ist Protestantisierung!“

Doch der Sohn folgte nicht den Fußtapfen des Vaters, und als er vor einem Jahre vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz zum Landwirtschaftsminister avancierte, übernahm er mit diesem Portefeuille auch das Erbe der Wohltat des Inventars der Ansiedlungskommission.

In dieser Stellung zeigte er sich trotz seines katholischen Bekenntnisses wie alle preußischen Minister, trat als glühender Anhänger der antipolnischen Politik auf und verteidigte immer alle Anordnungen gegen uns im Rahmen des allgemeinen antipolnischen Programms der Regierung. Wenn er jedoch in seiner Erklärung von Freitag abend den Hafatisten einige Worte der Wahrheit sagte, ja sogar für den Rat und die Hilfe des Vorstandes des Hafatistenvereins dankte, so war die Ursache hierzu die durch das übermäßige Drängen der Nebenregierung der Hafatisten hervorgerufene Denervierung der Regierung, weil sie sich in der Angelegenheit der Enteignung der Polen an die wirkliche Regierung in einer Form wandten, als ob sie die Vorgesetzten derselben wären. Ins Spiel kam hier direkt das Ansehen der Regierung, welches durch den H. R. T. Verein untergraben wird, und die diesbezüglichen unangenehmen Bemerkungen des Ministers von Schorlemer an die Adresse dieses Vereins darf man nicht als Ankündigung der Abwendung der Regierung vom Hafatismus überhaupt auffassen.

In dieser Beziehung dürften wir uns überhaupt keinen Illusionen hingeben, denn die augenblicklichen Mißverständnisse und Intriguen der Regierung mit den Hafatisten gehen ihren eigenen Weg und die antipolnische Politik als solche geht ebenfalls ihren Weg. Der Minister von Schorlemer wird eher aus dem Sattel fliegen, als daß die Mitregierung der Hafatisten, welche vielvermögende Anhänger und Mitglieder in den höchsten Stellen im Staate und Legionen immer hungriger Bekenner in den polnischen Landesteilen zu ihren Diensten hat, aufhören sollte. Unsere Versöhnungsparteiler, welche auf die Konservativen große Hoffnungen setzten, von welchen sie erzählten, daß sie trotz des Beschlusses der Enteignung Gegner derselben seien und um deren schöner Augen willen sie sich durch die Teilnahme an der Annahme der sogenannten Finanzreform kompromittierten, haben wohl wiederum Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, wie sehr die Konservativen die Hafatisten und davor sich fürchten, des Mangels an Patriotismus angeklagt zu werden. Die hervorragenden Mitglieder der Konservativen haben sich in der Budgetkommission des Landtages für entschiedene Anhänger der Enteignung erklärt.

Übrigens läßt das, was der Minister von Schorlemer über die Abfertigung des Vorstandes des H. R. T. Vereins hinaus von der Enteignung und der antipolnischen Politik der Regierung in Zukunft gesagt hat, uns nicht die geringste Hoffnung übrig, als ob die Regierung mit der Absicht umginge, den Polen die geringsten Zugeständnisse zu machen und irgendwelche Änderung in dem von Bismarck angefangenen und von dessen Nachfolgern verschärften antipolnischen System eintreten zu lassen.

Nach diesen Bemerkungen lesen wir uns genau durch, was der Landwirtschaftsminister als Leiter der Kolonisationspolitik in den polnischen Landesteilen in dieser wichtigen Angelegenheit gesagt hat, der übrigens dieselben Argumente wie die Hafatisten gebrauchte, indem er behauptete, daß die deutsche Ansiedlung in den polnischen Landesteilen nicht die Ausrottung der Polen, sondern die Stärkung des Deutschtums zum Ziel habe. Eine ebenso alte wie unwahre Phrase.

(Folgt Abdruck der Rede des Ministers.)

Aus Nr. 108 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 12. Mai 1911:

Die hafatistische Nebenregierung gegen den Minister von Schorlemer.

Wie zu erwarten war, hat der Vorstand des Hafatistenvereins den ihm vom Minister Schorlemer hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und ist hochmütig und mit dem Bewußtsein des Siegers, der keinen Augenblick daran zweifelt, daß er den waghalfigen Minister aus dem Sattel heben wird, mit ihm zum Kampfe angetreten.

Vor nicht länger als zwei Wochen drohte der bekannte hafatistische Agitator, der „Justizrat“ Wagner, der Regierung, daß sich jemand finden werde, der über den Kopf des Ministers hinweg den Kaiser von der Notwendigkeit der Enteignung der Polen überzeugen werde. Diese Drohung hat wohl neben dem bekannten Maiartikel des hafatistischen Organs „Die Ostmark“, in welchem der Regierung nichts mehr und nichts weniger als eine Fälschung der Denkschrift der Ansiedlungskommission für das Jahr 1910 vorgeworfen wird, den Minister von Schorlemer, der sich noch fest in der kaiserlichen Gunst glaubt, veranlaßt, den Vorstand des Hafatistenvereins anzugreifen, der sich fortwährend erlaubt, der Regierung vorzuschreiben, was sie gegen die Polen zu unternehmen habe und der sogar nicht davor zurückschreckte, die Regierung anzuschwärzen, wenn diese speziell in der Frage der Enteignung der Polen nicht nach seiner Pfeife tanzen wollte.

Es scheint jetzt zwischen der hafatistischen Nebenregierung und der wirklichen Regierung zu einer Kraftprobe kommen zu wollen, und bald wird es sich zeigen, wer in diesem Kampfe der Stärkere sein wird, ob die Herren Tiedemann, Wagner, Raschdau und Konforten oder Herr Baron von Schorlemer. Soviel ist sicher, daß hierin kein Staatsanwalt der Regierung zu Hilfe kommen wird.

Die Hafatisten, denen der Erfolg die Köpfe verdreht hat, können es nicht verstehen, wie nach dem Sturz Caprivis und nach der ihnen bequemen Herrschaft der politischen Komödianten Miquel und Bülow, sich in Berlin noch eine Regierung, ein Minister hat finden können, die nach dem eigenen Kopf zu regieren wünschen. Daher machten sie sich jetzt an den Minister von Schorlemer mit der Energie und Rücksichtslosigkeit der Junker, die schon von vornherein wissen, daß sie ihn zur Strecke bringen werden.

Gestern Abend haben sie gegen ihn ein „pronunciamiento“ veröffentlicht, welches zweifelsohne ein lautes Echo in allen echt-preußischen Kreisen und eine lebhafteste Befriedigung in der ganzen schwarzen polenfresserischen Rote hervorrufen wird.

Den die Regierung beleidigenden Artikel in der Mainummer der Ostmark, den der Minister Schorlemer aufgegriffen hat, um „für den Rat und die Hilfe des Vorstandes des Ostmarkenvereins zu danken“, verleugnen sie gar nicht. Nach der Feststellung, daß der Artikel vom Redakteur ihres Organs geschrieben wurde und daß daher dieser für ihn verantwortlich sei, erklärt der Vorstand des Hafatistenvereins ausdrücklich, daß auch er seinerseits die Verantwortung für dessen Inhalt, d. h. für die der Regierung gemachten Vorwürfe, welche diese so sehr geärgert haben, übernehme. Seinerseits wirft der Vorstand dem Minister vor, daß er in der Budgetkommission des Landtages nicht den geringsten Versuch gemacht habe, die „völlig sachlichen“ Ausführungen jenes Artikels über die „Gefahr der gegenwärtigen Lage“ zu berichtigen, und indem der Vorstand die Ausführungen des Ministers für unbedeutend erklärt, meint er, daß sie so unzureichend

und so voller Widersprüche seien, daß man erst die öffentlichen Debatten der Deputiertenkammer abwarten müsse.“

Weiter wirft der Vorstand des Hafatistenvereins dem Minister v. Schorlemer vor, daß er fortwährend befreit gewesen sei, in der Theorie einen Anhänger des Enteignungsgesetzes zu markieren, in der Praxis dagegen dessen Ausführung für eine unbegrenzte Zeit zu verschieben und auf diese Weise durch seine „theoretische Rechtgläubigkeit“ das öffentliche Gewissen einzuschläfern versucht habe.“ Angesichts dessen Versicherung, daß nur sachliche und nicht politische Gründe für sein Verhalten in der Angelegenheit der bisherigen Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes maßgebend gewesen seien, stellt der Vorstand des Hafatistenvereins fest, daß die Regierung zur Beruhigung der Abgeordneten und anderer Persönlichkeiten, welche um das „Schicksal der Ostmarken „besorgt“ (sic!)“ seien, immer erneute Versicherungen und Vorwände gebraucht habe, welche „leider die erhoffte Wirkung“ (!!) erzielt hätten, und die aber absolut nicht sachlicher, sondern „rein politischer“ Natur gewesen seien und mit der Angelegenheit des Enteignungsgesetzes selbst in keinem Zusammenhange gestanden hätten.“

Jetzt fährt der Vorstand der hafatistischen Nebenregierung gegen den Minister das schwerste Geschütz auf. Er sagt wörtlich:

„Der Ostmarkenverein ist es, der in der Frage auf dem Boden des Gesetzes steht (!), und es ist der Herr Landwirtschaftsminister, dessen Tätigkeit nach seinen eigenen Erklärungen im Erfolge dahin geht, das Enteignungsgesetz außer Wirksamkeit zu setzen, das Ansiedlungswert allmählich einzustellen und so, da es der Eckstein der Ostmarkenpolitik ist, den elsten Wechsel in dieser Politik einzuleiten. (??!!)“

„Wenn nun angesichts der gesetzmäßigen Haltung der Hafatistenvereine der Herr Minister erklärt, „er verzichte in Zukunft gern auf den Rat und die Unterstützung der Vereinsleitung“, so erwidern wir, daß er auf etwas verzichtet, was er nicht befehlen hat, jedenfalls nichts befehlen hat seit dem Tage, wo er in seiner persönlichen Auffassung der Frage eine völlige, alle Beobachter überraschende Schwenkung vollzogen hat.“

„Wir aber werden fortfahren — schließt die Erklärung der Hafatisten voll Hochmut und Prahlerei — das deutsche Volk auf die unabsehbare aus dieser Wandlung entstandene Gefahr aufmerksam zu machen, die in gleichem Maße das monarchische Ansehen (!), die Autorität der Regierung und die Interessen des Deutschtums unheilbar zu schädigen geeignet ist.“

Daraus geht hervor, daß in Preußen nicht die eigentliche Regierung das monarchische Ansehen, die Autorität der Regierung und die Interessen des Deutschtums verteidigt, sondern daß das die hafatistische Nebenregierung tut.

So also sieht die Dankbarkeit der Hafatisten für die Regierung aus, welche fast über eine Milliarde zu Zwecken des „unterdrückten Deutschtums“ in den polnischen Landesteilen hergegeben und bisher gegen die Polen alles getan hat, was nur die Seele der hafatistischen Schreier wünschte.

Bei dieser Gelegenheit verlohnt es sich zu bemerken, daß die ganze Janitscharenkapelle der hafatistischen Presse auf diesen Ton gestimmt ist. Der nationalliberale Hannoverischer Courier zögert nicht, den 6. Mai 1911, an welchem Tage der Minister von Schorlemer seine erste Rede in der Enteignungsfrage gehalten hat, als ein zweites Grunewald!! zu bezeichnen.

Angesichts solcher Resultate wird sich wohl dieser und jener Leiter der preußischen Regierung den Aus-

pruch des Götteschen Zauberers ins Gedächtnis rufen: „Die ich rief die Geister, werd' ich nun nicht los“.

Wir, als Objekt dieses uninteressanten Kampfes, behalten die entsprechende Ruhe und das Gleichgewicht der Gemüter.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 195 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 29. April 1910:

Die Einvierteljahrhundertfeier des Hafatistenvereins.

Posen, den 27. April.

Am Mittwoch, den 26. April d. Js. war Einvierteljahrhundert verflossen seit der Zeit, wo man im preußischen Landtage das Ansiedlungsgesetz erlassen, seit der Zeit, wo auf Grund dieses Gesetzes der Hafatistenverein in der Provinz Posen seine Tätigkeit zu entwickeln angefangen hatte. An diesen traurigen Jahrestag wurde die Gesellschaft durch die hafatistischen Blätter erinnert, die an diesem Tage eine ganze Reihe polenfeindlicher Artikel brachte und selbstverständlich die Regierung aufforderte, sofort und ohne Verzug mit der Enteignung des polnischen Grundes und Bodens den Anfang zu machen. . . . weder der Schöpfer dieses Gesetzes, einer der Begründer des Hafatistenvereins, v. Tiedemann, noch Bismarck gaben sich der Hoffnung hin, daß der preußische Landtag so freigebig für die Ansiedlungspolitik sein würde. Sie glaubten übrigens nicht, daß zur Entnationalisierung der Provinz Posen so viele Millionen nötig sein würden. Mit wem sollten sie auch, die allmächtigen Preußen, kämpfen? Mit dem wenig zahlreichen, auf den beschädigten Bollwerken stehenden Adel, mit dem unorganisierten Bürgertum, mit dem ungebildeten, dem jetzigen ganz und gar unähnlichen polnischen Bauer! Ein derartiger Kampf schien ihnen leicht zu sein, sie glaubten an das Gelingen ihrer Aktion, bestehend in dem Kampfe um den Grund und Boden, wie ihn die Welt bis jetzt noch nicht gesehen, in dem Kampfe der Übermacht und des „Taufrechts“, mit der schwachen, geknechteten und durch Unglücksfälle erschöpften Nation. Der Landtag erwies sich jedoch sehr freigebig und bewilligte ohne jegliche Schwierigkeiten 100 Millionen zu Ansiedlungszwecken, um durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter in den Provinzen Posen und Westpreußen das Deutschtum gegen die polonisierenden Bestrebungen zu stärken.

Anfangs hatte die Ansiedlungskommission tatsächlich recht günstige Erfolge aufzuweisen. Denn schon im Jahre 1886 konnte die frisch gebackene Ansiedlungskommission 12 000 Hektar vorwiegend polnischen Grundes und Bodens für sieben Millionen Mark aufkaufen. Bismarck verspottete damals den polnischen Adel, indem er erklärte, daß er nicht gewillt sei, ihn zu schädigen, daß er sogar sein Wohltäter sei, denn er bezahle gut für den Grund und Boden, daß jeder Adelige nicht nur seine Schulden bezahlen, sondern noch ein hübsches Sümmchen nach Manaco bringen könnte. Der eiserne Kanzler war guten Mutes; es schien ihm, daß, wenn er den Adel vernichten würde, er in der Provinz Posen einen Feind weniger haben würde, denn das Volk würde sich widerstandslos, wie dies in den protestantischen Masowien der Fall war, der Regierung ergeben. Der eiserne Kanzler hat sich jedoch stark verrechnet.

Die Ansiedlungskommission hat zwar im Laufe von 15 Jahren ihres Bestehens etwa 50 000 Hektare Land zu einem verhältnismäßig hohen Preise, denn durch-

schnittlich zu 600 Mark für den Hektar, angekauft, hat zwar in weiterem Verlauf ihres Bestehens noch eine ganze Menge urpolnischen Grundes und Bodens erworben, ihre Hoffnungen jedoch hinsichtlich der Germanisierung des Herzogtums Posen haben sich keineswegs erfüllt. Unter dem Drucke des Hafatismus und der Verfolgungen erwachte in der Nation eine Kraft, die der allmächtige Bismarck übersehen oder gering geschätzt hatte — erwachte das Bürgertum, erwachte das polnische Volk und stand wie eine Mauer auf dem Boden seiner Väter, den es bis zum letzten Atemzuge verteidigt. Im Verhältnis zu der Ansiedlungsmacht sind deren Ergebnisse — in einem Vierteljahrhundert ihrer Tätigkeit — ziemlich unbedeutend, umso mehr, wenn man erwägt, daß hinter der Ansiedlungskommission die Regierung, das ganze barbarische preußische Verwaltungssystem steht. Wie aus dem Rechenschaftsberichte der Kommission hervorgeht, hat sie im Laufe von 25 Jahren nicht mehr, denn 19 000 deutsche Bauernfamilien heranzuziehen und sie in 300 rein polnischen Dörfern anzusiedeln vermocht. Für einen 100 Millionenfonds ist die Zahl nicht allzu groß. Es muß aber noch hinzugefügt werden, daß diese von der Ansiedlungskommission nach der Provinz Posen herbeigeschafften deutschen Bauern Spekulanten sind, die sich an dem polenfeindlichen, preußischen Patriotismus bereichern, daß sie einen Abschaum bilden, der von der Regierung lebt und diese in wahrhaft preußischer Weise mißbraucht. Unlängst brachten die sozialdemokratischen Blätter Berechnungen, aus denen hervorgeht, wie viel ein jeder Ansiedler der preußischen Regierung kostet. Diese Berechnungen sind ein sprechender Beweis für den Mißerfolg der Ansiedlungskommission und des ganzen hafatistischen Systems.

Gegen dieses System kämpft, der Geringschätzung Bismarcks zum Trotz, das Posener Volk und Bürgertum. Das Ansiedlungsgesetz hat sie nicht gebrochen, es hat sie vielmehr aus dem Schläfe geweckt, es hat den Ansporn zur Organisation, zur Arbeit an der wirtschaftlichen Hebung, an der Wiedergeburt gebildet. Welche Ergebnisse diese Arbeit gezeitigt hat, das sehen wir gegenwärtig. Die Provinz Posen steht in wirtschaftlicher Hinsicht am höchsten von allen Landesteilen der früheren Republik. Die preußische Regierung schloß immer enger die Kette der Verfolgungen, verbot den Kindern polnisch zu lernen und zu beten, aber in der polnischen Gesellschaft erhoben sich Kinder und — siegten und Breschen leuchtet in der Geschichte als die brennende Schande für die Preußen; die Regierung verbot den Polen, Wohnhäuser auf erworbenem Grund und Boden zu errichten — da fand sich ein Drzymala, ein einfacher Bauer, und an seinem Wagen zerstückelte die ganze hafatistische Germanisierungsmaschine und die ganze Welt kehrte schmählich der preußischen Kultur den Rücken. Schließlich wurde sogar das barbarische Enteignungsgesetz erlassen, um nur die Polen zu unterdrücken und auszurotten. Offenbar standen die Polen schon zu fest auf ihren Füßen, wenn die preußische Regierung sogar zu einer solchen Waffe ihre Zuflucht hat nehmen müssen.

Meine Ausführungen zusammenfassend, will ich hervorheben, daß seit Erlaß des Ansiedlungsgesetzes, seit der Gründung der Ansiedlungskommission die polnische Gesellschaft in der Provinz Posen aus dem Schläfe erwachte, erstarkte und sich tatsächlich polnisch fühlt. Das klingt widersinnig, aber wir können sagen, daß unsere ganze wirtschaftliche, kulturelle und nationale Entwicklung in der Provinz Posen das Ergebnis des Ansiedlungsgesetzes, die Folge der vom eisernen Kanzler gegen die Polen unternommenen Bedrückungen ist.

Deshalb ist, trotz alledem, der hafatistische Jahrestag für uns kein trauriger. Er ist nämlich für uns ein Jahrestag der nationalen Wiedergeburt und auch, mag dem sein, wie ihm wolle, ein Tag des Sieges nationalen Geistes über die Übermacht.

Aus Nr. 183 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 22. April 1911:

Die Germanisierung in der Kirche.

Posen, den 21. April.

Fast die ganze polnische Presse des preußischen Anteils beschäftigt sich zur Zeit des weiten und des breiten mit der durch die Kirche betriebenen Germanisierung. Mit Artikeln über sie sind die Spalten fast aller polnischen Blätter der Provinzen Posen und Schlesien erfüllt, die ganze öffentliche Meinung beschäftigt sich mit ihr. Und mit Recht. Denn die Germanisierung durch die Kirche das ist die Quelle unserer gefährlichsten Niederlagen, das ist für eine Gesellschaft, die auf Schritt und Tritt gezwungen ist, fortwährend an ihr nationales Dasein zu denken, der Schmerzen größter Schmerz. Über die Vorkommnisse in Groß-Kreutz und in der Peter-Paulskirche in Kattowitz habe ich bereits berichtet. Sie beweisen am besten bis zu welchem Grade der Unverschämtheit sich die Hafatisten bei der Beseitigung der polnischen Sprache in den Kirchen und bei der Entziehung des Rechts der Polen, polnisch zu beten, versteigen. Diese Vorkommnisse lenkten endlich die Aufmerksamkeit der ganzen Gesellschaft auf sich, setzten alle ehemals polnischen Landesteile in Bewegung und trugen dazu bei, sich ernstlich mit einer Angelegenheit zu befassen, die bis jetzt geringgeschätzt wurde. Es wurden Klagen laut, unzählige Beweise füllten die Spalten der Blätter, daß die polnische Gesellschaft in Preußen, außer dem amtlichen Feinde auch einen verborgenen, um so gefährlicheren Feind habe, als er auf geheiligtem Boden, in der Kirche handele, in der anscheinend die letzte Zuflucht für unsere Nation ist.

Wer die Verhältnisse in der Provinz Posen kennt, der wird begreifen, welch harter Schlag für die Polen die Entdeckung von germanischen Vorposten in der Kirche und das Bewußtsein ist, daß sogar diese Anstalt ein Werkzeug in der Hand unserer Todfeinde ist. Die Bevölkerung in der Provinz Posen ist von grundsatz katholisch, streng gläubig, die Geistlichkeit hat bei uns einen großen Einfluß, erfrent sich unter den breiten Bevölkerungsschichten eines allgemeinen Vertrauens. Die Kirche wurde bis jetzt als das die Einigkeit in der Nation erhaltende Bindemittel, der Glaube als eine der Bedingungen und Stützen unserer nationalen Ausdauer betrachtet. Indes öffnen sich uns die Augen und wir sehen, daß das preußische Germanisierungssystem sogar in der Kirche, unter der Geistlichkeit, ein bei seiner hafatistischen Tätigkeit ihm gefügiges Werkzeug gefunden hat. Von dieser Seite her hat die polnische Gesellschaft den Schlag nicht erwartet. Um so größer ist die Trauer, um so größer ist der Schmerz, der sich der ganzen Bevölkerung bemächtigte.

Die preußische Regierung, wohl wissend, wie sehr die Polen an ihrer Kirche hängen, strebte, wie es sich jetzt herausstellt, längst danach, die Gotteshäuser in germanisatorische Vorposten zu verwandeln. Sie tat es im Stillen, geschickt, bis sie es zu skandalösen Vorkommnissen, zum Blutvergießen, wie dies in Gr.-Kreutz der Fall war, gebracht hat, und erst jetzt öffneten sich der Gesellschaft die Augen. Man fing eine große Abrechnung mit seinem Gewissen zu halten an, deren Ergebnisse überaus traurig sind.

Aus Nr. 107 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 5. Mai 1911:

Polnische Kultur.

Spruch:

Schaffe selbstlos, wirke still
Und vergiß mit nichten:
Wer sein Volk beglücken will,
Muß auf Glück verzichten.

Ottokar Kernstock.

Das ruthenische Blatt „Dilo“ bringt über diese Frage einige sehr interessante Eröffnungen, welche auch unsere deutschen Leser interessieren dürften.

Ein ruthenischer Schriftsteller aus der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts kennzeichnet den Einfluß der damaligen Sprachen in Polen und Litauen wie folgt:

„In Polen blüht die lateinische, in Litauen die ruthenische Sprache; ohne jene kann man in Polen nicht fortkommen, ohne diese nicht in Litauen. Damals hatte sich die höhere ruthenische Kultur einen großen Einfluß auf das polnische Privat- und Staatsleben verschafft, so daß selbst Jagello im Verkehr mit seinem Bruder sich der ruthenischen Sprache bediente und die Amtssprache der Staatskanzlei zur Zeit des letzten Jagellonen, Sigmund August, ebenso war. Daraus kann man erkennen, daß die Ruthenen damals eine höhere Kultur als die Polen besaßen. Als im XVIII. Jahrhundert die galizischen Ruthenen unter österreichische Herrschaft kamen, war ihre Kultur schon bedeutend tiefer gesunken. Die Polen hatten zur Zeit ihrer Herrschaft die ruthenische Kultur nicht nur nicht gehoben, sondern im Gegenteil noch unterdrückt und vernichtet. Als Österreich das Land in die Hände bekam, hatte es infolgedessen unter den Eingeborenen niemanden, welcher auch nur für die niedrigsten Stellen und Ämter tauglich gewesen wäre. Dadurch wurde die Regierung genötigt, Deutsche in das kulturarme Land zu senden. Die gesamte Verwaltung kam in fremde Hände. Bis zu den 60er Jahren herrschte die deutsche Sprache in allen Ämtern. Auch die kirchlichen Behörden verkehrten untereinander nur in deutscher Sprache. Nach den amtlichen statistischen Daten ist auch zu ersehen, daß es damals mehr Ruthenen als Polen gab und daß die Zahl der Schuljugend bei den Ruthenen größer als bei den Polen war. Um nur ein Schuljahr herauszugreifen, nehmen wir das Jahr 1856/57. In diesem Schuljahre studierten an der Lemberger Universität 78 Deutsche, 183 Polen, 269 Ruthenen. In den Gymnasien gab es in demselben Schuljahre 443 Deutsche, 1095 Polen und 1154 Ruthenen. In den Lemberger Stadt- und Vorstadtschulen gab es im Jahre 1857/58 17 659 römisch-katholische und 37 164 griechisch-katholische Kinder beiderlei Geschlechtes. Im Jahre 1859 gehörten zum Lemberger und zum Vorstadtkonjistorium römisch-katholischer 264, zu dem griechisch-katholischen Bekenntnisses 606 Schulen. Die Statistik weist in den Jahren 1868 und 1869 in Galizien 1055 Schulen mit polnischer, 67 mit gemischter und 1297 mit ruthenischer Unterrichtssprache auf.

Das Gesetz, welches die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen auszurotten sollte, erschien am 22. Juni 1868. Am 24. Januar 1868 begann der Landesschulrat die polnische Sprache als Unterrichtssprache einzuführen.

Im Jahre 1857 weist die Statistik bei der Volkszählung in Galizien 1 981 976 Polen, 2 085 431 Ruthenen und 114 293 Deutsche aus.

Dann kamen die 60er Jahre der Landesautonomie. Polen und Ruthenen standen damals so ziemlich auf derselben Kulturstufe. Beide Völker entwickelten sich unter dem Einflusse der deutschen Kultur. Nur in

bezug auf nationales Bewußtsein standen die Ruthenen tiefer. Die Polen begannen jetzt eine rege polnisch-nationale Arbeit, jedem anderen Volkstum feindlich gegenüberstehend. Diese Bewegung griff immer stärker um sich und aus jener Zeit stammen die bekannten allpolnischen Lieder: „Jeszcze Polska“ und „Zdymem pozarow“. Die Deutschen, Tschechen und andere, welche sich dadurch in ihrer Position bedroht fühlten, verstanden die Situation und bekannten sich dazu: „Ich bin doch auch eigentlich ein Pole“.

Als an der Universität die polnische Sprache eingeführt wurde und die gelehrten Deutschen weichen mußten, stellte es sich heraus, daß die Polen gar keine geeigneten Kräfte für die Lehrstühle der Hochschule hatten. Deshalb mußte man die Tore derselben wieder den Deutschen öffnen, doch nur den jetzt in Polen umgewandelten. Bei der Besetzung wichtiger Stellen in den Ämtern verlagten ebenfalls die polnischen Kräfte und auch da sahen sich die polnisch-chawinistischen Machthaber gezwungen, die ihnen so mißliebigen Fremden heranzuziehen. So sehen wir in den höchsten galizischen Ämtern Männer mit Namen: Zoll, Fabian, Beck, Balzer, Gerstmann, Rüdiger, Kallenbach, Wartenberg, Markoni, Rutschera, Bisanz, Fiedler, Huber, Deckert, Niedel, Reinländer, Ingarden, Kleeberg, Hinz, Ger- mann, Epler, Diezius, Bopatery und unzählige andere.

Sie mögen auch jene nicht vergessen sein, welche ihre Namen geändert hatten: Winter-owski, Mendel-ski, Schmidt-owski, Maier-ski, Schlacht-owski, Drsk-Dhren-stein, Melinski-Menfes, Dlocinski-Göb usw.

Es kann demnach von einer polnischen Kultur in Galizien keine Rede sein. Wenn es aber doch eine Kultur gab, so war das, wie der Verfasser des Artikels im „Dilo“ selbst voll und ganz zuerkennt, nicht polnisches oder ruthenisches Verdienst, sondern nur d e u t s c h e s.

Im Jahre 1869 gab es in Lemberg 53 % Polen, 14 % Ruthenen und 33 % anderer, zumeist Deutscher. Vor den 60er Jahren gab es in Galizien auch eine größere Anzahl Armenier, welche meistens als Ökonomen an den Höfen des Adels lebten. Nach den 60er Jahren verschwinden alle diese Armenier plötzlich aus der galizischen Völkerstatistik vollständig. Auch sie waren in Pioniere der polnischen Kultur verwandelt worden. Jetzt erinnern uns noch Namen wie Abrahamowicz, Rajetanowicz, Theodorowicz, Marmarosz, Jisakowicz usw. an diesen verschwundenen Volkstamm in Galizien.

Auch unter den Ruthenen sind viele zu finden, welche ins polnische Lager übergingen, um dort mit allen anderen Renegaten für „ihre“ polnische Sache zu kämpfen. Doch nicht genug an den arischen Völkern, trachteten die Polen auch noch die Juden unter ihrer Fahne zu vereinigen. Die Juden sollten in Polen mit „israelitischem Bekenntnisse“ verwandelt werden. Also auch soweit ließ sich das machtgierrige Polentum herab, daß es jene vom Rassenstandpunkte den arischen Völkern verpönte Rasse in sich aufnahm. — Das Polentum, welches doch vorgibt, auf rein katholisch-christlicher Grundlage zu stehen und die Jungfrau Maria als seine Königin erwählt hat, schreckte nicht zurück, durch ein solches Vorgehen zu verjüden; und das bloß deshalb, um den in die galizischen Verhältnisse nicht eingeweihten Völkern eine möglichst große Zahl in Galizien lebender „echter“ Polen vor Augen zu führen. Wie soll man das benennen? Ich glaube die richtige Bezeichnung dafür in dem Ausdruck „nationale Schändung“ gefunden zu haben.

Nachdem wir nun diesen kurzen Überblick über die von den Polen so oft gepriesene „polnische“ Kultur vor uns haben, müssen wir uns unwillkürlich fragen, wann und wo wir diese „polnische“ Kultur eigentlich finden können. Die Beantwortung dieser Frage wollen wir aber für jetzt der polnischen Geschichtswissenschaft

überlassen, da dieselbe ein schärferes Auge dafür haben dürfte, als eine andere sachlich-objektive.

Uns Deutschen kann es einestheils ein stolzes Bewußtsein sein, zu wissen, daß alles, was die Polen heute zu ihrem kulturellen Bestande zählen, durch deutschen Fleiß und Tatkraft aufgebaut wurde, was uns auch das ruthenische Volk voll und ganz zuerkennt. Dieses Bewußtsein soll uns Waffe sein gegen die verleumderischen Angriffe der Polen auf unser Volkstum. Andererseits muß es uns mit Trauer erfüllen, daß so viele Glieder unseres Volkstums zum Kulturdünger für das selbstherrliche und völkerfeindliche Polentum wurden. Wir müssen leider sagen, daß nicht nur die jetzige galizische Kultur, sondern auch ein großer Teil polnisch-chawinistischen Aufschwunges deutscher Tätigkeit entstammt. Das möge uns eine Lehre für die Zukunft sein, welche uns vor derartigen krankhaften Auswüchsen unseres deutsch-galizischen Volkstums bewahren soll.

Wir sehen also, daß wir Deutschen in Galizien das vollste Anrecht auf Wahrung unserer völkischen und deutsch-kulturellen Interessen haben. Wir sind nicht als Nehmende, sondern als Gebende ins Land gekommen und haben diese Verpflichtung auf das treueste und selbstloseste erfüllt. Wir wollen von dem polnischen Volke keine unnatürliche Dankbarkeit für diese kulturelle Arbeit, was wir wollen, ist bloß vollste Gerechtigkeit in allen unseren völkischen und wirtschaftlichen Fragen. Und diese haben wir als Lehrer der galizischen Ureinwohner redlich verdient. Doch scheint diese Ansicht bei den Polen nicht durchdringen zu wollen, vielmehr das Gegenteil. Man scheut sich polnischerseits gar nicht, den Ausdruck „dummer Schwab“ für unser Volk zu gebrauchen. Soll man das kraßesten »Schowinismus« bezeichnen oder als Maskierung für den Neid? Oder sehen die Polen den Balken im eigenen Auge nicht?

Das alles soll das deutsch-galizische Volk nicht anfechten. Es soll unentwegt an seiner Genesung und Erstarkung weiterarbeiten und immer daran denken, daß es nur im Rahmen seines Volkstums sich gedeihlich entwickeln kann, denn Polonisierung würde so viel wie Rückschritt bedeuten. Das aber möge das Schicksal verhüten!

Erwin Mürsch.

Die Polonisierung der deutschen katholischen Gemeinden.

Die gemeine Art und Weise, in der man der deutsch-katholischen Gemeinde Machliniec in den Rücken gefallen ist, hat alle Deutschen tief empört. Nur dem stark ausgeprägten Volksbewußtsein der wackeren Deutschböhmen ist es zu verdanken, daß Machliniec dem Ansturm nicht erlegen ist. Die Schwaben haben nicht stand gehalten und sind, mit Ausnahme weniger, fast durchwegs durch die polnischen Priester polonisiert worden. Das Volksblatt hätte nicht Raum genug, die Namen der Deutschkatholiken aufzuzählen, die durch die Maulwurfsarbeit dieser Herren ihrem Volke schon verloren gingen. Ganze Gemeinden sind es. Die polnische Predigt, das polnische Gebet in der Kirche, der polnische Religionsunterricht in der Schule, haben überall das ihrige getan. Gab es wo ein paar Hartköpfe, die sich nicht gleich fügen wollten, so half der Beichtstuhl nach. Was von der Kanzel in einer deutschen Gemeinde gepredigt wird, ist unbeschreiblich. Es ist alles andere, nur nicht das Wort Gottes. Schimpfwort auf Schimpfwort saust auf die Schwaben herunter, das alles ruhig einstecken und dem polnischen Eiferer nachher womöglich noch die Hand küßen. Oft kann man es gar nicht verstehen, daß die Leute so wenig Selbstbewußtsein haben. Aber sie glauben es schließlich selbst, daß sie schlecht sind und bemühen sich, die polnischen Kirchenlieder und Gebete rasch zu lernen, damit der Herr Pfarrer beruhigt wird.

Vor drei Wochen hatte ich wieder einmal Gelegenheit, so eine polonisierte Schwabengemeinde zu besuchen. Da es Sonntag war, gingen wir alle in die Kirche. Knapp vor Beginn der Messe kamen, von der polnischen Lehrerin geführt, die Schulkinder und knieten vor dem Altare nieder. Blondköpfige, blauäugige Schwabenkinder und als die Messe begann, fingen sie ein polnisches Lied zu singen an! Sie sangen gedankenlos, das hörte man heraus. Aber die Kinder dieser Kinder werden es schon besser verstehen, denn die werden dann schon Polen sein. Und dann wird das Dorf ein masurisches; die Schwaben müssen zu Masuren werden, weil der katholische Klerus nur mit dummen Menschen regieren kann. Michel, wach auf!

Zur Dritten Mai-Feier der Polen in Biala.

Auch heuer veranstalten die Bialaer Polen eine „Dritte Mai-Feier“. Diesen Sonntag um 9 Uhr vormittags findet ein Umzug mit Musik statt. Was meinen denn die Polen mit dieser ganzen Parade? Es ist doch rein eine Provokation unser deutschen Bevölkerung. Den Deutschen ist es noch niemals eingefallen, solche Umzüge in Biala zu veranstalten, obwohl sie hier doch zu Hause sind, und oft dazu Anlaß hätten. Unsere deutsche Bewohnererschaft wird durch solche Umzüge direkt herausgefordert und es ist kein Wunder, wenn es dann aus solchen Anlässen zu argen Exzessen kommt. Beide Nationen werden dadurch aufeinander geheßt und was wird damit erzielt? Der Kaufmann und der Gewerbetreibende leiden darunter am meisten.

Der löbliche Gemeinderat von Biala wird darum höflichst gebeten, solche nationalen Umzüge ein für allemal zu verbieten, widrigenfalls die deutsche Bevölkerung sonst gezwungen wäre, zur Selbsthilfe zu greifen, was dann wieder schlechte Folgen nach sich ziehen könnte.

Es ist noch Zeit, um dem herannahenden Übel zu steuern.

Es ist unglaublich, was polnische Blätter ihren gläubigen Lesern bieten.

In einer Osterbetrachtung des Kurjer Warszawski heißt es allen Ernstes: „Unser Gott ist aus Polen gebürtig, unser Christus ist ein Pole, ein Kind unserer Czernochauer Gottesmutter. Hier, in dem masurischen Sande, an der Weichsel hat er sein Grab. Unser Christus ist ein Pole und nicht in Bethlehem oder auf dem Golgathaberger ist er zu suchen. Unser Christus ist ein Pole, geboren auf dem Heu einer polnischen Pflasterhütte. Du, unser polnischer Christus, komm in unsere polnischen Hütten!“

Ein anderes Blatt benützt das Osterfest, um die nationale Auferstehung und den Haß gegen das Deutschtum und Preußentum mit einer Schärfe zu predigen, die es angebracht erscheinen läßt, einige dieser Äußerungen niedriger zu hängen. So heißt es im Berliner Polenblatt, dem Dziennik Berlinski:

„Heuchler, Pharisäer. Nirgends sind die Lehren und Ideale Christi so verletzt, so mit Füßen getreten worden, wie in diesem Reiche der Gottesfurcht (Preußen), das auf der gegen das Volk verübten Ungerechtigkeit aufgewachsen ist und durch das Unrecht gegen den Nächsten fortgesetzt seine Existenz stärkt. Nirgends erfährt das Gesetz der Nächstenliebe eine solche Geringschätzung, wie besonders in diesem Reiche. Nirgends feiern die Beschränktheit in der Auffassung, der Egoismus, der Obskurantismus, die Intoleranz, Selbstsucht und der nationale Chauvinismus solche Orgien, nirgends ist es so dumpf, wie gerade in diesem Staate. Im öffentlichen Leben ist der Polizist die höchste Macht,

er ist der Herr über Tod und Leben der Bürger, der Hauptregulator des Lebens. Das Verhältnis Preußens zu anderen Nationen wird ausschließlich und endgültig durch das heidnische, nichtchristliche Recht der Faust entschieden. — Täglich schlagen sie (die Preußen) eine ganze lebende Nation ans Kreuz, fügen ihr furchtbare moralische und materielle Martern zu. Sie kreuzigen diese Nation, foltern ihre Gebeine, öffnen täglich ihre Wunden, tränken sie mit Galle, reißen ihr die Zunge heraus, ziehen ihr den Boden unter den Füßen hinweg, treiben sie aus ewigem Besitz in ein Leben des Umhertreibens, der Not und Knechtschaft. Doch sie (die polnische Nation), gespannt ans Kreuz, in schmerzhafter Pein und Verzweiflung, ergibt sich nicht den Peinigern, sondern glaubt stark, daß nach dieser Bedrückung und Pein — und sollte sie noch so lange dauern — jener große Tag eintreten werde, welcher den Deckel ihres Sarges öffnen, sie dem Lichte der glücklichen Existenz wieder zuführen wird.“

Wahrlich — diese Proben verdienen, weiter bekannt gemacht zu werden!

Aus Nr. 108 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)

vom 12. Mai 1911:

Vor den Wahlen.

Zum zweiten Male seit dem Bestehen des Volksparlaments werden die Völker Österreichs zur Wahlurne schreiten. Nur noch einige Wochen trennen uns von dem großen Tage, der wieder auf sechs Jahre bestimmen soll, wer die Erwählten sind, in deren Hände des Staates Wohl und Wehe gelegt werden soll. Für uns Deutschgalizier steigen bei diesem Anlaß zunächst sehr schmerzliche Gedanken auf. Vor sechs Jahren wurde die neue Wahlordnung geschaffen, welche nach den Grundsätzen der Gleichheit und Freiheit eine wahre und echte Volksvertretung schaffen sollte. Lange hat man daran gearbeitet, bis diese Wahlordnung zustande kam. Es wurde aufs Unglaublichste gehandelt, gemarktet und geseilt, um nur ja all den verschiedenen Interessen der einzelnen Völker und Stände gerecht zu werden. Die Deutschen der Monarchie verloren zwar im ganzen an Einfluß und Machtstellung, aber sie schlugen doch immerhin soviel dabei heraus, daß sie angesichts der Zerrissenheit der Slawen mit Leichtigkeit die machtvollste Partei im Abgeordnetenhaufe sein könnten. In fast allen Kronländern haben sie ihre gezeichneten Mandate, sogar im kleinen Buchenlande mit seinen kaum 60 000 Deutschen werden zwei Abgeordnete gewählt. Nur uns Deutschgalizier hat man ganz vergessen. Die über 100 000 Deutschen Galiziens entsenden keinen Vertreter in den Reichsrat: sie sind politisch mundtot und rechtlos gemacht worden.

Es ist schwer, im Blick auf diese Tatsache bittere Gefühle zu unterdrücken. Aber wir müssen uns schließlich eingestehen, daß wir in der Hauptsache selbst schuld sind. Nur vereinzelte Stimmen erhoben sich damals vor sechs Jahren in unserem Lande zu Gunsten eines deutschgalizischen Reichsratsmandats; und diese Einzelnen verhallten ungehört. Die Deutschen Galiziens waren damals politisch noch nicht erwacht. Sie waren noch vereinzelt und zerstückelt; die einen wußten nichts von den anderen; so waren sie willenlos ihren Drängern preisgegeben.

Das ist ja nun glücklicherweise inzwischen ganz anders geworden. Schneller und kraftvoller, als es irgend jemand ahnen konnte, haben sich die Deutschen Galiziens in letzter Stunde aufgerafft, geeinigt, organisiert und in dem kurzen Zeitraum von nicht vier Jahren auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und kulturellen Schutzarbeit so Großes geleistet, daß die Feinde völlig

verblüfft, die Freunde mit Bewunderung und Stolz erfüllt sind.

Es wäre ein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Reichsratswahlen das deutsche Volk in Galizien wieder ebenso gleichgültig und hilflos antreffen sollten, wie vor fünf Jahren. Wir sind allerdings auch heute politisch noch nicht organisiert. Unser Bund, das muß sehr entschieden festgehalten werden, ist ein rein wirtschaftlicher Verein und darf sich daher mit den Wahlen auch in keiner Weise befassen. Sie und da werden Stimmen laut, welche sagen: „Beschränken wir uns einstweilen auf die wirtschaftliche Arbeit und lassen wir die Finger von der Politik! Zudem würden wir ja einen deutschen Kandidaten doch wahrscheinlich nirgends durchbringen; also wozu uns unnütze Mühe und Arbeit machen?“ Indes bei näherer Betrachtung sieht die Sache gar nicht so hoffnungslos aus. Bei flügender Vorarbeit und einigem Vorgehen wäre es in Anbetracht der Eigentümlichkeiten unseres Wahlsystems sehr wohl erreichbar, daß mindestens in einem Wahlkreise ein deutscher Kandidat mit Hilfe einer anderen Partei durchgebracht würde, wenn in allen anderen Wahlkreisen die Deutschen dieser Partei ihre Stimmen geben würden. Und, abgesehen von dieser Möglichkeit, müssen wir uns sagen, daß es nicht gleichgültig ist, wer die 20 000 Stimmen, welche die Deutschen Galiziens zu vergeben haben, erhält, ob Feinde oder Freunde. Wer unser Feind ist, das hat sich ja in den letzten Jahren auch für den Blödesten zur Genüge gezeigt. Wo immer sich deutsches Leben geregt hat, wo immer nur die Deutschen die Rechte, die ihnen verfassungsgemäß zustehen, verlangt haben, da wurden sie von den führenden polnischen Parteien und ihrer Presse angegriffen, verhöhnt, verdächtigt. Alle unsere Versuche, bei den Polen Verständnis zu finden für das Recht unserer bescheidenen Forderungen, sind fruchtlos gewesen. Die deutschen Katholiken werden seitens der polnischen Geistlichkeit unter Billigung der Kirchenbehörde weiter schändlich vergewaltigt; deutsche Schulen werden vom Lande auch für reindeutsche Gemeinden überhaupt nicht mehr gegründet, und den deutschen Privatschulen wird jede Unterstützung versagt. Unsere Reiseisenkassen dürfen keine Unterstützung vom Ackerbaumministerium erhalten, weil die Polen es nicht wollen; der Geltungsbereich der deutschen Sprache wird immer mehr eingeengt. Und wenn im Parlament unsere deutschen Freunde auf diese Zustände hinweisen, wollen die polnischen Abgeordneten von nichts etwas wissen und stellen uns als Ruhestörer hin. Unter diesen Umständen wäre es eine unglaubliche Verblendung, wenn ein Deutscher bei den Wahlen einem polnischen Kandidaten seine Stimme geben wollte. Es würde in der Tat auf solche Deutsche das Wort passen: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“

Manche sind zwar ängstlich und weisen darauf hin, daß wir durch eine solche Stellung zu der herrschenden polnischen Partei gewissermaßen eine regierungsfeindliche Stellung einnehmen. Daß es die Polen so hinstellen werden, ist zweifellos. Aber in Wahrheit liegt die Sache ganz anders. Wir Deutschgalizier sind treue Österreicher, und ein starkes, einheitlich regiertes, mächtiges Österreich ist unser aller Ideal und Wunsch. Wir sehen aber ganz deutlich, daß die im Polenklub vereinigten Parteien, insbesondere die jetzt herrschenden Allpolen, diesem Ziel entgegenarbeiten. Sie wollen aus Galizien ein zweites Ungarn machen; einen Staat im Staate, in dem sie nach Herzenslust schalten und walten und alle andren Völker unterdrücken können. Und dieser Staat soll nur die Vorstufe zu dem erneuerten alten Königreiche Polen sein. Das können und wollen wir nicht mitmachen. Und darum treibt uns die Macht der Tatsachen ganz von selbst an die Seite der Parteien in unserem

Land, die gleichfalls diesen polnischen Bestrebungen sich entgegensetzen. Mit den Sozialisten und Juden können wir aus anderen Gründen nicht zusammengehen; und so ist es ganz selbstverständlich, daß uns die Wahlen an der Seite der Ruthenen finden werden. Diese haben von Anfang an uns Deutschen Freundlichkeit und Verständnis bewiesen. Sie haben nicht nur schöne Worte für uns gehabt, sondern auch Taten, wie die Aufnahme unserer Reiseisenkassen in den ukrainischen Revisionsverband beweist.

Wir werden auf die Frage, wie sich unser Verhalten zu den Ruthenen bei den Wahlen im einzelnen gestalten soll, noch näher zurückkommen. Es ist selbstverständlich, daß die ruthenischen Abgeordneten, wenn wir sie überall unterstützen sollen, auch das bindende Versprechen geben müssen, im Reichsrat überall für unsere bescheidenen kulturellen, wirtschaftlichen und nationalen Forderungen einzustehen.

Das wichtigste ist aber, daß alle Deutschen Galiziens bei den Wahlen einheitlich und geschlossen nach einem festen Plane vorgehen. Nur durch stramme Disziplin können Erfolge erreicht werden. Unser Volksblatt wird schon dafür sorgen, daß auch bis in die entlegensten Winkel Deutschgaliziens hin die nötige Aufklärung und Anleitung verbreitet werde. Wir hoffen, daß auch die diesmalige Reichsratswahl einen kräftigen Schritt vorwärts in der Entwicklung Deutschgaliziens bezeichnen wird.

Wolfram.

Aus Nr. 108 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)

vom 12. Mai 1911:

An das deutsch-katholische Volk in Galizien!

Im Juni laufenden Jahres finden in unserem Heimatlande Galizien die Wahlen in den Reichsrat statt. In jedem Wahlbezirke wählt sich da das Volk Abgeordnete, welche bei der Regierung in Wien die Rechte und Belange der Wähler vertreten sollen. Jeder Wähler hat das unbestrittene Recht, den Mann bei der Wahl zu unterstützen, von dem er die Gewähr hat, daß er auch wirklich sein Freund ist.

Dieses Recht, Volksgenossen, haben wir aber bisher nicht richtig ausgeübt; wir haben nämlich nicht unsere Freunde, sondern unsere Feinde zu Abgeordneten gewählt. Bergegenwärtigen wir uns, ob die Polen in den 63 Jahren, solange leisten wir ihnen schon Wahlunterstützung, auch nur das geringste für uns getan haben. Nichts, gar nichts taten sie für uns. Aber dafür haben sie uns alles, alles genommen. Erst haben die Polen die deutsche Hochschule in Lemberg, welche Kaiser Josef II. im Jahre 1784 wiedereröffnet hat, polonisiert. Dann verdrängten sie die deutsche Vortragssprache aus den Mittelschulen und die deutsche Amtssprache aus den Landesämtern in Galizien und führten die polnische ein. In den letzten vierzig Jahren wurden durch Polen in 30 deutsch-katholischen Gemeinden Galiziens die von unseren Vätern errichteten deutschen Volksschulen polonisiert, um unseren deutschen Kindern die Muttersprache zu rauben und sie zu Polen und Feinden unseres Volkes zu erziehen. An den öffentlichen Schulen aber, wo es die Verhältnisse zwingen, daß noch die deutsche Unterrichtssprache beibehalten werden muß, stellen die polnischen Schulbehörden mit Absicht undeutsche Lehrer an und drängen mit allen Mitteln darauf, daß das Deutsche immer mehr vernachlässigt und das Polnische immer mehr bevorzugt wird. In unseren katholischen Kirchen wird dort, wo die Deutschen in der Minderheit sind, oder nicht genug Widerstand leisten konnten, nie in der Muttersprache der Deutschen gepredigt, gesungen oder gebetet; so hören zum Beispiel die 2000 Deutschen in der Pfarre Dolina, die 700 Deutschen in der Pfarre

Kalusch, die 600 Deutschen in Kamionka, die 500 Deutschen in der Pfarre Grodek, die 700 Deutschen in der Pfarre Bodhajce, die 500 Deutschen in Dobromil, die 1200 Deutschen in Wilamowice u. v. a. Orten in ihrer Kirche niemals ein deutsches Wort, sie werden entrechtet und müssen es oft noch ruhig anhören, wie von der Kanzel herab das deutsche Volk geschmäht wird. Dort aber, wo die Polen sich in der Minderheit befinden und wenn deren noch so wenig sind — oft nur 20—80 Personen — wird überall für sie polnisch gepredigt und polnischer Gottesdienst abgehalten. Als im Jahre 1907 die Deutschen Galiziens ein Reichsratsmandat forderten, da waren es die Polen, welche diese Forderung zunichte und uns politisch mundtot machten. Die polnische Presse wetteifert in der Beschimpfung, Verleumdung und Schmähung der Deutschen in Galizien und des deutschen Volkes überhaupt.

Als wir uns endlich aufräfften und uns vereinten, um selbst für unser Wohl und Recht einzutreten, da waren es die Polen, welche gegen unseren Schutzverein und unser Volksblatt Stellung nahmen, während die Jung ruthenen (Ukrainer) unsere Schutzarbeit freundlich begrüßten. Bei der gründenden Versammlung unseres Schutzvereines in Lemberg waren es Polen, welche auf uns Steine warfen, während uns die Ruthenen ihren Turnsaal als Versammlungsraum bereitwilligst zur Verfügung stellten. Selbst von der Kanzel herab heßen Allpolen im Priesterkleid gegen uns Deutsche, gegen unser Volk, unsere Vereine und unser Volksblatt: sie mißbrauchen also sogar unseren Glauben zu ihrer deutschfeindlichen Politik. Unsere deutschen Reiseisenkassen fanden bei dem ruthenischen „Ukrainischen Landesrevisionsverband“ Schutz und Förderung, während die Polen auch diesen rein wirtschaftlichen Einrichtungen feindlich gegenüberstehen. Soverhinderten es die Polen, daß uns die Regierung eine Subvention für unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften bewilligt hätte. In der deutschen Gemeinde Angelowka zu Dzhdow hat der aus Polen zusammengesetzte Bezirkschulrat in Zloczow die deutsche Schule auf ungesetzliche Weise, einfach durch Gewalt polonisiert; die ruthenischen Gemeinderäte verhalfen aber unseren Volksgenossen in Angelowka wieder zur deutschen Schule, indem sie für die Beibehaltung der deutschen Unterrichtsprache stimmten. Die deutsche katholische Pfarrgemeinde Machliniec, mit 2000 Deutschen, wollen die Polen mit Gewalt polonisieren, indem sie in diese deutsche Pfarrgemeinde eine weiter entfernte polnische Gemeinde einpfarren und eine deutsche Gemeinde aus ihr auspfarren und zu einer stockpolnischen Pfarre zuteilen wollen. Solche Beispiele könnten viele angeführt werden. In der letzten Zeit kämpfen die Polen auch gegen die deutsche Amtssprache bei der Eisenbahn, der Post und Gendarmerie; trotzdem die Polen in Galizien nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung des Landes ausmachen, herrschen sie in ganz Galizien und wollen hier allen nichtpolnischen Bewohnern die polnische Sprache aufdrängen, mit der man nur von Lemberg bis hinter Krakau kommen kann und welche im Werte hinter unserer deutschen Weltsprache weit zurücksteht. Im Reichsrat treten die Polen seit jeher schlauerweise immer in die Regierungsmehrheit ein, spielen so in Wien die treuen Österreicher, damit sie von Wien aus in ihrer allpolnischen Unterdrückungsarbeit in Galizien nicht gestört werden. Immer stimmten die Polen im Reichsrat mit den Deutscheindern, wenn es galt, deutschfeindliche Gesetze zu schaffen.

So sehen wir also, daß uns die Polen überall und immer nur als Feinde unseres Volkes gegenüberstehen und uns zu vernichten trachten. Nur vor den Wahlen kommen sie zu uns und haben süße Worte, aber nur Worte für uns und trachten uns damit zu überreden, daß wir sie wählen. Wenn sie dann gewählt sind,

arbeiten sie weiter an ihren deutschfeindlichen allpolnischen Bestrebungen. Unser Ehrgefühl und unsere Pflicht mahnen uns daher, abzulenken von dem Wege auf dem wir nur immer verloren und nie etwas gefunden haben. Bis hierher und nicht weiter! Die Polen haben uns ja in unserer Leichtgläubigkeit, Angstlichkeit und Geduld schon fast alles genommen und deshalb dürfen wir bei den Wahlen nicht die Polen, sondern jene Staatsbürger unterstützen, die ebenfalls, so wie wir, von den Polen unterdrückt werden und daher unsere besten Kampfgenossen sind. Von denen hat sich bis nun die jung ruthenische (ukrainische) Partei uns gegenüber freundlich und entgegenkommend bewiesen. Die jung ruthenische Partei ist gut österreichisch und unterstützt uns, wo und wie sie nur kann. Es ist deshalb unsere Pflicht und wir üben unser Wahlrecht zu unserem Vorteil aus, wenn wir mit den Jung ruthenen bei den Wahlen gegen den gemeinsamen Unterdrücker, den polnischen Wahlbewerber vorgehen. Nach 63jähriger schmachtvoller Unterdrückung und Entrechtung wird dann endlich das Licht der Befreiung vom polnischen Joch über unseren deutschen Siedelungen aufgehen. Heil!

Aus Nr. 108 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 12. Mai 1911:

Wola oblasniza.

(Ein versuchter und rechtzeitig abgewehrter Gewaltakt gegen die deutsche Schule). Zur großen deutschen Pfarrgemeinde Machliniec gehört auch die kleine deutschböhmisches Ortschaft Wola oblasniza, die politisch von der ruthenischen Gemeinde Oblasniza abhängig ist. Der Boden, auf dem die Deutschen dort vor 40 Jahren sich ansiedelten, gehörte vordem zum großen Gutsgebiete des Herrn Gutsbesizers A. Seelieb, eines evangelischen Deutschen in Wola Oblasniza. Bis zum vorigen Jahre erhielten die wenigen und armen Leute dort mit Hilfe des Gutsbesizers ihre eigene deutsche Privatschule, die ihnen wegen angeblicher Baußälligkeit durch k. k. Bezirkschulrat in Zhdaczow gesperrt wurde. Sofort gingen nun die Polen daran, die 40 deutschen Kinder in Wola Oblasniza durch Errichtung einer polnischen öffentlichen Schule zu polonisieren und auf diese Weise auch die Gemeinde zu erobern.

Der Gutsbesizer, der inzwischen einen Bauplatz für die neue Schule den Deutschen geschenkt hatte, wurde vorgeladen und sollte sich mit der Errichtung der polnischen Schule einverstanden erklären. Das konnte er jedoch nicht tun, bevor er sich nicht mit den Leuten verständigt hatte und es wurde deshalb ein neuer Termin anberaumt. Währenddessen hatten sich die Wola Oblasnizaer bereits an den Deutschen Schulverein in Wien mit der dringenden Bitte um Hilfe gewendet, die ihnen dieser auch versprach und sogleich 300 Kronen für die Errichtung einer deutschen Privatschule bewilligte. Am 2. d. M. war ein Herr der Bundesleitung in Lemberg draußen und überbrachte dem Schulausschuß die freudige Nachricht. Es wurde beschlossen, mit dem Schulbau gleich nach der Frühjahrarbeit zu beginnen. Mit der polnischen Schule ist es nun vorüber. Ganz eigentümlich haben sich die polnischen Herren die Sache vorgestellt. In dem Schreiben des k. k. Bezirkschulrates in Zhdaczow heißt es nämlich, daß am 2. d. M. eine Verhandlung über die Errichtung einer einklassigen polnischen Schule in Wola Oblasniza stattfindet, woran der Gutsbesizer erinnert wird. Er wird nur daran erinnert, kommt er nicht, so ist es auch gemacht. Glücklicherweise wurde dieser Gewaltstreich durch die rasche Hilfe des Deutschen Schulvereins abgewehrt und die 40 deutschen Kinder bleiben unserem Volke erhalten.